

ROTE ANNELIESE

Nr. 165 / November 2000

Fr. 3.50

Ungerechtes Rentenalter 65



Immer weniger Bauarbeiter gehen gesund in Pension: Bankdirektoren bleiben putzmunter!

Seite 13

Gemeinderatswahlen 2000

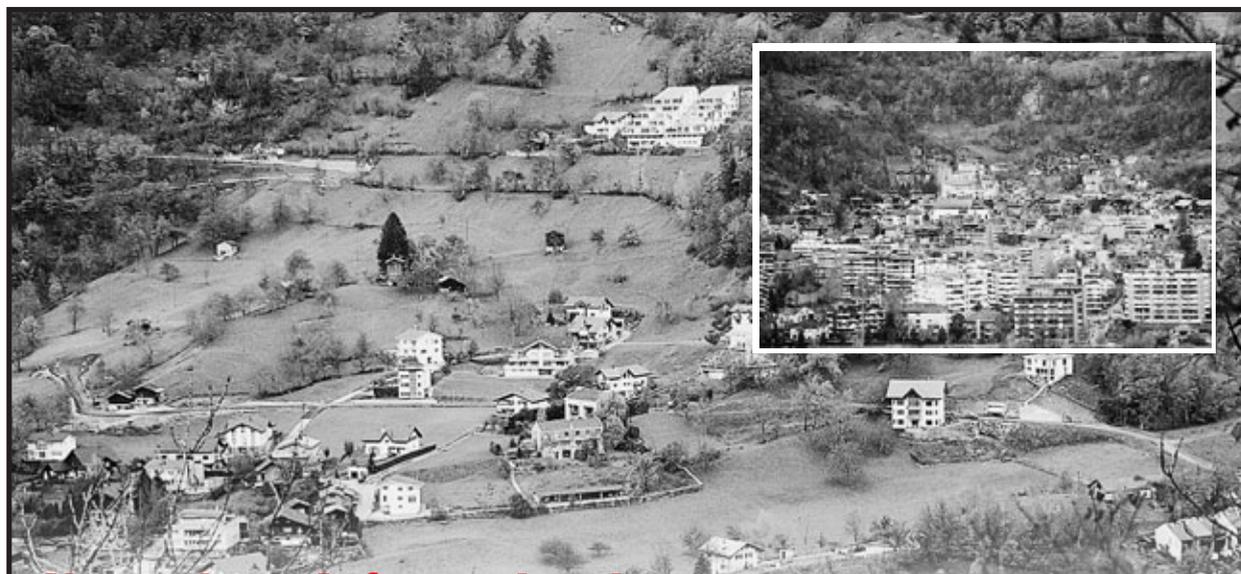
Am **spannendsten** ist die Ausgangslage **in Naters**: die Schwarzen und Gelben **sind wegen den Blauen** in heller **Aufregung**. Auch die Roten müssen **um einen Sitz** im Natischer Junkerhof **zittern**. In den anderen **grossen Talgemeinden** Brig-Glis, Visp und Leuk-Susten **traut** man der **SP** am ehesten einen **Sitzgewinn** zu. Sofern **nicht** alles **beim Alten** bleibt.

Seite 3

Katastrophen

Nach den Unwetterkatastrophen von Mitte Oktober melden sich jetzt die Besserwisser. Wir befragten zu den verschiedenen Schuldzuweisungen den Experten Charles-Louis Joris.

Interview Seite 10

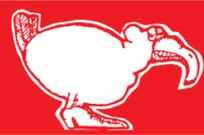


Untragbare Infrastrukturkosten

BlockbewohnerInnen subventionieren die Villen im Grünen

Seiten 6-8

Kantonalbank will Geld im Hockenhorn verlocken Seite 14



Dicke Eier



Laxer Heimatschutz

Das Restaurant «Kreuz» in Lax hat gebrannt. Jetzt wurde das Restaurant abgerissen. Die Heimatschutzkommission hatte sich gegen den Abriss des Restaurants ausgesprochen und auch die Baukommission und der Gemeinderat lehnte folglich das Abrissgesuch ab. Doch dann regte sich Widerstand und der Präsident der Baukommission, Jean-Pierre Schnyder, bekam kalte Füsse. Weil er fürs Amt des Gemeindepräsidenten kandidiert, wurde der Entscheid rückgängig gemacht und der Abriss flugs bewilligt. Damit hat Schnyder bewiesen, dass er sich als Gemeindepräsident bestens eignet.

Wovor hat Josef Blatter Angst

Die «Sozialistische Internationale» manipuliert laut WB-Kolumnist Joseph Blatter «die EU und sogar den Europarat». Blatter gründet seine tief-schürfende Analyse auf die Kampagne der EU gegen den Rechtsextremismus. Zwei Fragen sind unvermeidlich: Wovor fürchtet sich Blatter eigent-

lich und warum sagt ihm niemand, dass die Berliner Mauer gefallen ist?

Gabrielle Nanchen: «Männer sind oft besser»

Die «Miss Umwelt des Kantons Wallis» Gabrielle Nanchen liess die Attacke der letzten «Roten Anneliese» nicht auf sich sitzen. Die geringe Zahl der Frauen in ihrer Arbeitsgruppe «Agenda 21» begründet sie kurz und bündig: «Oft sind die Männer einfach besser!»

Wuilloud irrt sich

Der Experte für Naturgefahren im Wallis, Charly Wuilloud, ist felsenfest überzeugt, dass die Unwetterkatastrophen nichts mit dem Klimawandel und demzufolge auch nichts mit unseiner Benzin- und Heizölverbrauch zu tun haben. Die Mehrheit der Klimaforscher ist anderer Meinung: Anfang November verbreitete die UNO die Meldung, dass die Klimawissenschaftler nach intensiver weltweiter Forschung davon ausgehen, dass das Klima durch die menschlichen Aktivitäten angeheizt wird. Zudem werde die Erdtemperatur noch stärker als erwartet steigen, was vor allem für die Küstenregionen und die Bergregionen Auswirkungen haben werde.

Mein Freund Bundesrat Ogi

WB-Chefredaktor Pius Rieder zählt sich seit Jahrzehnten zu den Freunden von Bundesrat Adolf Ogi. Rieder gesteht ein, dass dies «bisweilen eine heikle Gratwanderung unter Freunden» gewesen sei, ohne näher darauf einzugehen. Offenbar denkt Rieder immer noch an seine letztjährige Reise ins militärische Pentagon nach Bern, wo er vor Ogis Chefbeamten für die militärfeindliche Berichterstattung des WB im Rahmen der Umnutzung der Militärflugplätze im Goms geradestehen musste. Auch sein Freund Ogi konnte ihm diesen Gang nach Cannossa nicht ersparen.

Die mittellosen Badner Millionäre

(eg) – Otto G. Loretan hat Leukerbad in ein gigantisches Schuldenloch getrieben. Otto G. spielt immer noch und gerne Golf, er fährt Luxusautos und wohnt feudal in Leukerbad. Otto G. und sein Freund K. Bumann werden der Veruntreuung in zweifacher Millionenhöhe verdächtigt. Die Strafuntersuchung läuft. Der Staat bezahlt die Anwaltskosten von Otto G. und Kari Bumann weil diese offenbar mittellos sind. Immer mehr Leute – nicht nur im Oberwallis – verstehen die Welt nicht mehr. Der Redaktion der «Roten Anneliese» wurden viele empörte Leserbriefe zugestellt. Wir veröffentlichen einen davon. Der Redaktion ist der Name der Leserbriefschreiberin bekannt.

Leserbrief

«Ich bin sehr, sehr enttäuscht»

Mit einigem Erstaunen und grosser Empörung habe ich im WB gelesen, dass unser Ex-Vorsteher der Gemeinde und sein Gehilfe völlig mittellos sind. Ich frage mich, wo denn das ganze Geld geblieben ist? So vergoldet sind doch unsere Paläste sicher nicht, sonst hätten wir sie nicht für ein Butterbrot verscherneln müssen. Zuerst bekommen wir einen «Vogt». Dann will der das Dickicht der Schulden lichten, aber oh Schreck, der Kanton, der ihn eingesetzt hat, pfeift ihn zurück. Warum haben wir denn eigentlich einen «Vogt»? Ich glaube, da wollte jemand nur ein Exempel statuieren. Hinterher bezahlt unser lieber Staat die Anwälte, nachdem er sich geweigert hat, die Gemeinden, die uns geholfen haben, wenigstens ansatzweise zu entschädigen! Ich bin sehr, sehr enttäuscht, nicht nur von unseren «Oberbonzen» sondern auch vom Staat respektive unserer Rottenrepublik.

Andreas Schmid kreiselt weiter

Die Lötschbergkreuzung im Zentrum von Naters gehört zu den gefährlichsten Verkehrsknotenpunkten in der Republik. Immer wieder täuscht es. Der Grundsatzentscheid zum Bau eines Kreisels wurde zwar vor mehr als einer Amtsperiode gefällt, doch passiert ist bis anhin nichts. Jetzt ist zu hoffen, dass während der Grossratssession in Naters der zuständige Gemeinderat Andreas Schmid mit Staatsrat Rey-Bellet eine Ortsschau durchgeführt hat. Ansonsten müssen wir noch eine weitere Amtsperiode warten.

Albertsheim St. Maria

Albert Bass ist ein Hansdampf in allen Gassen. Wenn die Gelben eine Zusammenkunft haben, sitzt Bass in der ersten Reihe. Wenn es um Wirtschaftsfragen geht, ist Bass dabei. Und wenn sein Treuhandbüro nicht darunter leidet, ist Bass sogar für das Soziale. Während der Grossratssession in Naters sass Bass auf der Zuschauertribüne. Er freute sich über den Beschluss zum Altersheim in Susten. Und hofft, dass für das Altersheim in Naters – dessen Präsident er ist – ein ähnlicher Entscheid gefällt wird. Wird dann das Altersheim Sta. Maria in Albertsheim umbenannt?

«Sicherheit kann man nicht halbieren.»

SCHWEIZ OHNE SICHERHEIT?

Caesar Jaeger
Grossrat

Nein!

zur Umverteilungsiniziativa

Der Anteil des Registerführers des Handelsregisteramtes Oberwallis von 1.84'067.65 Franken für einen 75% Job offenbar auch nicht.

Inhalt

Gemeinderatswahlen 2000

► Seite 3

Fusion der Gemeinden Naters, Brig-Glis und Visp überprüfen

► Seite 4

Bauen im Grünen ist teuer

► Seite 6

Raumplanung auf Hochglanz

► Seite 7

Naters subventioniert Zersiedelung

► Seite 8

Elektrosmog im Gliser Holzji

► Seite 9

Interview mit Geologe Charles-Louis Joris

► Seite 10

Stimmrecht 16: ohne Chance

► Seite 11

Hürdenlauf für Ausgesteuerte

► Seite 12

Beschäftigung für PLANVAL

► Seite 13

AHV-Rente nur für Direktoren?

► Seite 13

Lötschentaler Tourismusträume

► Seite 14

Muss Nicolas Mayor zahlen?

► Seite 15

Ambler – der kompetente Kriminelle

► Seite 16

Schwarz-gelbe Spitzkehre im Staatsrat

► Seite 18

Maurice Chevrier und Che Guevara

► Seite 18

Wohin frau/man geht

► Seite 19

Verkaufsgorgien im Briger Weihnachtsmarkt

► Seite 20

Gemeinderatswahlen 2000

Schwarz-gelbe Mehrheiten soweit das Auge reicht

(ra) – Die C-Parteien haben im Wallis in den letzten Jahren mit ihren Skandalen einen Schaden von rund 1000 Millionen Franken angerichtet. Trotzdem ist ihre Macht ungebrochen. Zurückzuführen ist das schwarz-gelbe Machtgefüge auf die Politik in den Gemeinden, in denen der Klientelismus über Jahre hinweg fest institutionalisiert wurde. CVP und CSP haben den Grossteil der Oberwalliser Gemeinden im Griff, die SP ist stark untervertreten. Wenn nicht alles täuscht wird sich daran wenig ändern, wie ein Blick in die grossen Talgemeinden des Oberwallis zeigt.

Naters: Wer verliert einen Sitz?

In Naters ist die Ausgangslage spannend, wie seit langem nicht mehr. Nach 20 Jahren startet die FDP mit einer Liste. Trotz fehlendem Leistungsausweis ist den Blauen ein Sitzgewinn zuzutrauen. Die Frage stellt sich: wer verliert den Sitz? Verliert die CVP die absolute Macht? Oder muss die SP als stärkste Oppositionspartei über die Klinge springen und einen Sitz abgeben.

Schlimm sah es lange Zeit um die Gelben aus. Nachdem der gelbe Vizepräsident Diego Zenklusen seine Demission bekannt gab, entstand ein gelbes Kandidatenvakuum. Die CSP griff auf ihren Staatsrat zurück. Staatsrat Wilhelm Schnyder wurde zweimal in den Gassen und Strassen von Naters gesichtet. Prompt präsentieren die Gelben eine Liste mit Kandidaten, die bislang politisch zwar wenig bis nichts bewirkten, jedoch in breiten Bevölkerungskreisen gut bekannt sind.

Die Schwarzen treten mit einer Heimatschutzliste an. Damit sind die Sitze der drei Bisherigen gesichert. Die CVP will weiterhin in komfortabler Mehrheit weiter regieren. Die CSP will ihren vor vier Jahren verlorenen zweiten Sitz zurückerobern. Und zudem will die FDP einen Sitz. Zu verteilen sind jedoch nur 7 Sitze. Das heisst: Trotz nachweislich guter Arbeit im Gemeinderat müssen die beiden SP Gemeinderäte German Eyer und

Hans-Josef Jossen um ihre Sitze zittern.

Brig: Fordert der schwarze Ursprung den blauen Planche heraus?

Die Briger Stadträtinnen und Stadträte sitzen gerne im Schloss: von den 11 Ratsmitgliedern treten 10 wieder an. Einzig der etwas glücklose Schulpräsident Jean-Marie Schmid hat genug von der Kommunalpolitik. Ihn zieht es im Frühling nach Sitten.

Vor vier Jahren holte der blaue Planche für seine Parteikollegen Kämpfen und Sarbach gleich zwei zusätzliche Sitze. Am lautesten zu reden gibt und gab im Stadternern Polizeipräsident Sarbach. Jetzt hat Sarbach schlaflose Nächte. Die FDP bangt um den dritten Sitz.

Die CVP wittert Morgenluft. Vor vier Jahren musste sie zwei Sitze abgeben, zumindest einen will sie unbedingt zurückholen. Mit der Reduktion der Stadtratssitze tricksten die Schwarzen die Roten aus. Zudem lüchste eine schwarze Stadträtin wichtige Dossiers der etwas zu gutgläubigen SP ab.

Die SP sollte mit Esther Waeber-Kalbermatten und Sepp Näpfler ihre beiden Sitze halten. Die Roten treten mit einer ausgewogenen Liste an die das Zeug zum dritten Sitz hat. Das Gewicht für die SP wäre bei einer Reduktion der Stadtratssitze im Rat zweifelslos gestiegen.

Die Gelben haben mit Gemeindegliedern Brogli faktisch den dritten Sitz unter Ausschluss der Öffentlichkeit geholt und sind damit bestens bedient. Hans Schwestermann liebt das Vereinsleben mehr als die politische Auseinandersetzung. Über den nachgerutschten Leander Williner lässt sich noch nichts sagen.

Peter Planche war beim Unwetter im Jahre 1993 Pressesprecher des Krisenstabs. Planche wurde Stadtpräsident. Beim Unwetter Mitte Oktober setzte sich der schwarze Louis Ursprung als Pressesprecher in Szene. Ursprung startet noch einmal für eine Periode – diesmal am liebsten als Stadtpräsident. Das Timing ist bislang für Ursprung nie aufgegangen. In der internen CVP Ausmarchung um die Kandidatur als Gemeindepräsident stand ihm vor vier Jahren Seiler im Weg, diesmal kann es Viola Amherd sein. Und dann ist immer noch Planche da.

Visp: Wer tritt die Nachfolge von Kalbermatten an?

Die spannende Frage in Visp: Wer tritt die Nachfolge von Ruth Kalbermatten als Präsident oder Präsidentin an. Nach ihren Niederlagen als Staatsrats- und Nationalratskandidatin zieht es Kalbermatten ins ferne Afrika. Als Kronfavorit fürs Präsidentenamt gilt der gelbe Militärturbo René Imoberdorf. Niklaus Furger steht und leidet im Schatten seines Big Brothers Peter und

hat darum wenig Chancen auf den Präsidentenstuhl.

Von den 9 amtierenden Ratsmitgliedern kandidieren 4 nicht mehr. Eine Sitzverschiebung ist eher unwahrscheinlich. Am ehesten wird der SP mit der Spitzenkandidatin Helen Mooser Theler ein Sitzgewinn zugetraut. Für die FDP könnte es eng werden. Entscheidend wird sein, ob ihr Kandidat Remo Valsecchi wie vor vier Jahren von der CSP unterstützt wird. Damals wurde die blaue Kronfavoritin Felicitas Lengacher von den Gelben ausgebootet. Das haben viele Freisinnige nicht vergessen.

Einen Wechsel gibt es bei der CSP. Der in Privatgeschäften etwas unglücklich agierende Bernhard Summermatter wäre eigentlich gerne noch einmal angetreten, wurde jedoch von seiner eigenen Partei zurückgepfiffen. Rosmarie Bumann hat grosse Sorgen wegen ihrem K. Bumann. Zumindest werden jetzt die Anwaltskosten für ihren eingeklagten Ehemann im Fall Leukerbad vom Staat übernommen.

Leuk: Zustände wie in Florida?

Der rote Gaston Oggier gilt zurecht als einer der aktivsten und engagiertesten Gemeindepräsidenten im ganzen Oberwallis. Vor vier Jahren herrschten in Leuk-Susten Zustände wie heute in Florida: Oggier wurde mit einer Stimme Vorsprung zum Präsidenten gewählt. Die Gelben fochten das Wahlergebnis an und verloren gegen die SP vor Bundesgedrückt. Diesmal wird es voraussichtlich eine stille Wahl geben. Wahlbeobachter sind sich einig: wer gegen Oggier antritt hat die Nummer 2 auf dem Rücken.

Die Sitzverteilung im Leuker Rathaus mit 4 CSP, 3 CVP und 2 SP ist relativ stabil. Aufgrund der letzten Na-

Aktuelle SP-Ratsmitglieder



German Eyer
Naters



Hans Josef Jossen
Naters



Esther Waeber-Kalbermatten
Brig



Sepp Näpfler
Brig



Helen Mooser Theler
Visp



Gaston Oggier
Leuk



Hans-Peter Giger
Leuk

tionalratswahlen und wegen dem Präsidentenbonus liegt für die SP ein Sitzgewinn drin.

Spannender sind die Burgerratswahlen. Der amtierende Bürgerpräsident Stefan Ego wurde vom gelben Treuhändler Ernest Witschard öffentlich der Unterschlagung bezichtigt. Jetzt wird das Duell voraussichtlich bei der Wahl um den Bürgerpräsidenten ausgetragen. Gut möglich, dass nun bei den Burgerratswahlen wieder Zustände herrschen wie in Florida: wegen knappem Ergebnis wird nachgezählt.

«Rote Anneliese» mit brisantem Vorschlag:

Fusion der Gemeinden Naters, Brig-Glis und Visp überprüfen!

Unnötige Streitereien!

Heute sind die drei grossen Oberwalliser Talgemeinden nicht in der Lage ihre Projekte zu koordinieren:

- Naters und Brig haben zwei vom Konzept her gleiche Schwimmbäder erstellt, die in Bau, Unterhalt und Betrieb hohe Kosten verursachen. Visp droht das Gleiche zu machen.
- Der Streit der beiden Oberwalliser Spitäler, die einzeln nicht überleben werden können, ist mehr als beunruhigend. Das Oberwallis hat mittelfristig ein gutes Spital oder gar kein Spital mehr, das Spitzenversorgung sicher stellen kann.
- In jeder Gemeinde steht eine grosse Kongresshalle. Diese zu grossen Kapazitäten werden nicht einmal offensiv gemeinsam vermarktet.
- Zwischen dem Bahnhof Brig und dem Bahnhof Visp droht ein neuer unproduktiver Streit.
- Die Gemeinden im Bezirk Brig kontrollieren das EWBN. Das EWBN bezieht zu teuren Strom von der WEG. Visp kann sein Netz nächstens ohne Probleme von der WEG zurückkaufen. Das EWBN könnte mit seiner Infrastruktur das ganze Oberwallis versorgen. Anstatt das Netz wenigstens im Oberwallis zusammenzulegen, droht die Schaffung von neuen Gesellschaften.
- Nur wenige Skigebiete in den Alpen werden als attraktive Stationen überleben. Die Belalp hat das Potential dazu. Leider fehlen heute die Mittel und der regionale Rückhalt um dieses attraktive Skigebiet mit modernen Transportmitteln zu versehen.

(ra) – Das Oberwallis wird dank dem Lötschberg-Basistunnel ab 2006 Bestandteil des Mittellandes. Neu stehen Naters, Brig und Visp nicht mehr in Konkurrenz zueinander. Sondern gemeinsam in Konkurrenz zu Städten wie Thun, Bern, Biel und Burgdorf. Die «Rote Anneliese» meint: Die Gemeinden Naters, Brig-Glis und Visp müssen über eine Fusion nachdenken.

Die drei grossen Gemeinden des Oberwalliser Talbodens versuchen mit beschränkten Finanzen ihre Probleme je einzeln zu lösen. Im Streitfall – denken wir an den Spital oder den Bahnhof – auch auf Kosten der Nachbargemeinde. Mögliche Synergien werden nicht genutzt. Das Oberwallis wird mit der Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels Bestandteil des schweizerischen Mittellandes. Naters, Brig-Glis und Visp werden als eine Agglomeration in direkter Konkurrenz zu Städten wie Thun, Bern,

Biel und Burgdorf stehen. Die neue Ausgangslage ist in den nächsten Jahren eine Herausforderung.

Gewicht des Oberwallis am Sinken

Im Oberwallis leben nicht mehr als 70 000 Einwohner. Dies entspricht einer Kleinstadt in Deutschland. Das Einkommen pro Kopf des Wallis liegt unter jenem der Schweiz. Das Einkommen pro Kopf unter jenem des welschen Wallis. Immer mehr Walliserinnen und Walliser leben im Unterwallis. Das

Gewicht des Oberwallis nimmt ab. Entsprechend klein sind die steuerlichen Ressourcen des Kantons, der zu einem Teil auf Bundessubventionen angewiesen ist. Entsprechend noch kleiner sind die Steuerpotentiale der Oberwalliser Gemeinden.

Wer dynamisch ist – profitiert

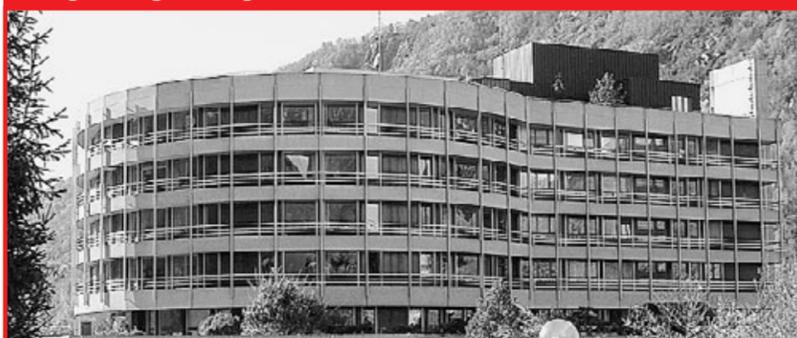
Der Lötschbergbasistunnel und damit die Nähe des Oberwallis zum Mittelland kann ein Vorteil oder ein Nachteil sein. Alles hängt davon ab, wie dynamisch und attraktiv

Statt unproduktive Streitereien zwischen Brig und Visp braucht es im Oberwallis ein gemeinsames Konzept für den öffentlichen Verkehr.



Statt jeder Gemeinde ein vom Konzept her gleiches Schwimmbad mit den gleich hohen Folgekosten wäre eine gemeinsame Lösung weit sinnvoller.

Statt Muskelspiele und sinnloses Gezänk braucht es jetzt im Gesundheitswesen eine Lösung die der ganzen Region dient.



Statt die Schaffung von neuen Gesellschaften muss das EWBN im Oberwalliser Energiemarkt die führende Rolle spielen und für eine effiziente Energienutzung sorgen.



Statt immer mehr Skikanonen für zu tief gelegene Stationen müssen regional die Mittel geschaffen werden, damit die Belalp als attraktives Skigebiet überlebt.

das Oberwallis und vorab die Region Naters, Brig-Glis und Visp als Wohn- und Arbeitsplatz sein wird.

Ansprüche ans Wohnen sind gewachsen

Die Menschen sind in Bezug auf das Wohnen zurecht anspruchsvoll geworden. Sie wollen grüne und ruhige Wohnquartiere, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erschlossen sind. Die Mietpreise müs-

sen vernünftig sein und das Bauland bezahlbar. Wichtig sind gute Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder sowie attraktive Einkaufsmöglichkeiten. Und schliesslich ist ein gutes Sport- und Unterhaltungsangebot nicht zu unterschätzen.

Fusion: JA oder NEIN?

Der Mobilität sind künftig bedeutend weniger Grenzen ge-

setzt: Denn man und frau können im Oberwallis leben und in Bern arbeiten. Oder umgekehrt.

Sollen Naters, Brig-Glis und Visp fusionieren? Wir vertreten die Ansicht: Aufgabe der Politik wäre es, ein entsprechendes Projekt sorgfältig und unter Einbezug aller Betroffenen und Interessierten auszuarbeiten. Die Frage stellt sich: wer wird in nächster Zeit den Ball aufnehmen?

Neue Aufgaben anpacken

- Dank der Spitalfusion werden die notwendigen Ressourcen frei, um mehr zu tun für die älteren Mitmenschen und für die im Gesundheitswesen Beschäftigten. Gleichzeitig erhält das Oberwallis ein Spital, das im kantonalen und interkantonalen Wettbewerb bestehen kann.
- Ein Standortvorteil des Oberwallis sind günstige Mieten. Dieser muss erhalten bleiben. Eine grosse Gemeinde kann gezielt den sozialen Wohnungsbau fördern.
- Die Attraktivität eines Ortes hängt nicht zuletzt vom kulturellen Angebot ab, das für alle verbessert werden kann und muss.
- Eine Gemeinde mit der kritischen Grösse hat das Potential um dank einer einmaligen Infrastruktur, die von Brigerbad bis zum Aletschgletscher reicht, zum Innsbruck der Alpen zu werden.
- Des EWBN muss für die Eigentümer – das heisst die Gemeinden und deren Bürger – dank Nutzung der Skaleneffekte rentabler werden und mehr Leistungen im Bereich des ökologischen Umbaus erbringen.
- Die Belalp als gutes Skigebiet in den Alpen, das gleichzeitig der Naherholung dient, kann und muss dank Investitionen den Anforderungen des künftigen Skitourismus gerecht werden. Umgekehrt könnte man aus dem Simplongebiet einen künftigen Nationalpark schaffen.

Vor- und Nachteile aufzeigen

Eine im Rahmen des Standortkonzeptes «Avanti» durchgeführte Umfrage in der Gemeinde Naters hat gezeigt: zum jetzigen Zeitpunkt können sich rund drei Viertel der Befragten eine Fusion mit einer anderen Gemeinde nicht vorstellen. Das heisst: um diese Frage zu diskutieren, braucht es ein Projekt, das relativ

präzise aufzeigt, wie gross die Vor- und Nachteile einer Fusion effektiv sein werden. Experten können heute mit den guten Kadern der drei Gemeinden ein solches Projekt entwickeln. Wichtig ist, dass bei der Erarbeitung eines solchen Projektes die in der Gemeinde Beschäftigten und die politischen Parteien die Möglichkeit haben, mitzuwirken. Denn nur wer die Fakten in der Hand hat, kann seriös mitreden.

Bundesstudie bringt es an den Tag:

Wer in einem Wohnblock im Stadtzentrum lebt, subventioniert die Villen im Grünen!

(ktm) – **BewohnerInnen von Wohnblocks im Zentrum von Brig-Glis, Naters oder Visp subventionieren mit ihren Gebühren und Steuern die Infrastruktur der Einfamilienhäuser im Grünen. Zu allem Überdross fördern sie damit auch noch die Zersiedelung der Landschaft und den Autoverkehr. Es ist höchste Zeit, dass die privilegierten EinwohnerInnen für ihre Strassen-, Wasser-, Abwasser- und Stromkosten vollumfänglich selber aufkommen.**

Vor vier Jahren hat der Bundesrat in seinem Bericht zur Raumplanung festgehalten: «Die Fortführung der gegenwärtigen Trends in der Raumentwicklung ist nicht finanzierbar. Mit der Zersiedelung drohen steigende Kosten für den Bau, den Betrieb und den Unterhalt von Infrastrukturanlagen». Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) hat auf dieser Grundlage die Kosten für die Strassenerschliessung, die Abwasserentsorgung, die Wasser- und Stromversorgung vom Büro «Ecoplan» detailliert berechnen lassen. Neben den Kosten für den Bau der Infrastruktur wurden

auch die Kosten für Betrieb und Unterhalt einbezogen. Die Resultate der Studie liegen seit kurzem vor.

Für Agglomerationssiedlungen wie Brig-Glis, Naters und Visp kommt die Studie zu enormen Unterschieden bei den Infrastrukturkosten für Strassen, Wasser, Abwasser und Strom (siehe Grafik 1 und Grafik 2): In einer bestehenden Einfamilienhaussiedlung beispielsweise in Naters betragen die Infrastrukturkosten rund 2100 Franken pro Kopf und Jahr. Für ein Haus mit mehr als drei Geschossen hingegen sind die Kosten fast dreimal tiefer, nämlich bei rund

770 Franken pro Kopf und Jahr. Bezieht man die externen Umwelt- und Unfallkosten des zusätzlichen Autoverkehrs ein, kommt die Einfamilienhaussiedlung auf 2940 Franken und jene der verdichteten Siedlung auf 1290 Franken.

Alleinerziehende Mutter subventioniert Chefarzt!

Die BewohnerInnen von Villen- und Einfamilienhausquartieren profitieren zwar von der besseren Aussicht, von mehr Ruhe und Komfort, sie lassen sich aber den Luxus von der öffentlichen Hand und von den

BewohnerInnen von verdichteten Siedlungen grosszügig subventionieren. Im Extremfall subventioniert auf diese Weise eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern in einer Blockwohnung die luxuriöse Villa des Chefarztes. Und das geht so:

1 Strassenerschliessung:

Ein grosser Teil der Strassenkosten zur Erschliessung von neuen Siedlungen (Beispiel Haselmattenstrasse Naters, Seite 8) wird von den Gemeinden übernommen. Die externen Umwelt- (Lärm, Schadstoffe) und Unfallkosten, des durch die Zersiedelung erhöhten Autoverkehrs, werden voll auf die Allgemeinheit abgewälzt. Zudem ist auch der öffentliche Verkehr wegen der Zersiedelung teurer und muss deshalb subventioniert werden. Über die Mineralölsteuer subventionieren sämtliche AutofahrerInnen das durch die

Zersiedelung verteuerte Strassennetz mit, obwohl nur die wenigsten in privilegierten Lagen wohnen.

2 Wasserversorgung:

Die Investitionen in die Wasserversorgung wurden bisher massiv vom Bund, vom Kanton und von den Gemeinden subventioniert. Weil VillenbewohnerInnen höhere Kosten verursachen, profitierten sie entsprechend von höheren Subventionen der öffentlichen Hand. In Zukunft werden diese Subventionen stark abnehmen. Falls dann die Wassergebühren weiterhin nicht verursachergerecht belastet werden, kommt es innerhalb der gleichen Wasserversorgung zu Quersubventionierungen, das heisst die BewohnerInnen von verdichteten Siedlungen müssen einen Teil der Kosten bezahlen, welche die kostspielige Erschliessung von Einfamilienhausquartieren verursacht.

Wer im Zentrum von Naters wohnt, subventioniert einen Teil der Infrastruktur der gebauten und zukünftigen Villen im Haselmattenquartier.



Naters – Zentrum.

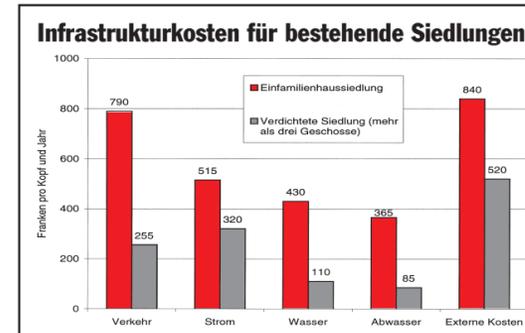


Naters – Haselmatten.

Überdimensionierte Bauzonen und Zersiedelung der Landschaft

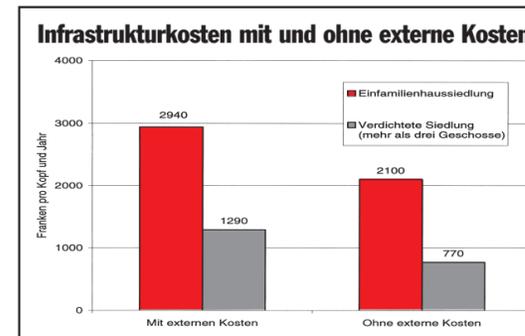
Wann machen die Walliser Raumplaner endlich Nägel mit Köpfen?

- Die Zersiedelung der Landschaft und der Verlust von Kulturland geht weiter rasant voran. Bei der Zunahme der Siedlungsfläche ist das Wallis Schweizer Meister. In zwölf Jahren wurde gemäss Arealstatistik des Bundes im Wallis die Fläche des Brienzersees verbaut.
- Die Dienststelle für Raumplanung hält im kürzlich veröffentlichten Richtplan fest, dass «die Bauzonen überdimensioniert» sind und dass die Privatinteressen oft die Raumplanung bestimmen.
- Im neuen Richtplan stehen auch die raumplanerischen Ziele, welche der Grosse Rat bereits 1992 beschlossen hat, nämlich die Erhaltung von Bausubstanz in den Kernzonen, Förderung des verdichteten Bauens und Erhöhung der Ausnutzungsziffer zur Verhinderung des Verschleisses von Bauland.
- Das Bauen auf der grünen Wiese darf nicht mehr durch die öffentliche Hand und durch private Gebühren subventioniert werden. Der Landverschleiss und private Gewinne müssen im Gegenteil fiskalisch belastet werden. Das eingesparte Geld soll gezielt zur Förderung des verdichteten Bauens und des sozialen Wohnungsbaus eingesetzt werden.
- Eine kantonale Arbeitsgruppe «Raumplanung» soll ein Massnahmenpaket und eine entsprechende Anpassung des Raumplanungsgesetzes erarbeiten. Zum Beispiel müssen die Gemeinden verpflichtet werden, sämtliche Kosten von Neuerschliessungen den GrundstückseigentümerInnen anzulasten. Für Neuerschliessungen sollen Quartierpläne obligatorisch sein. Die Mindestgeschosszahl soll bei drei liegen.



(Quelle: Bundesamt für Raumentwicklung / Grafik: ktm)

Grafik 1: Die Infrastrukturkosten von Einfamilienhaussiedlungen sind viel höher als jene in verdichteten Wohngebieten.



(Quelle: Bundesamt für Raumentwicklung / Grafik: ktm)

Grafik 2: Die gesamten Infrastrukturkosten (ohne externe Kosten) einer Einfamilienhaussiedlung betragen 2100 Franken pro Kopf und Jahr und sind damit fast dreimal höher als jene für ein verdichtet gebautes Gebiet.

3 Abwasserentsorgung:

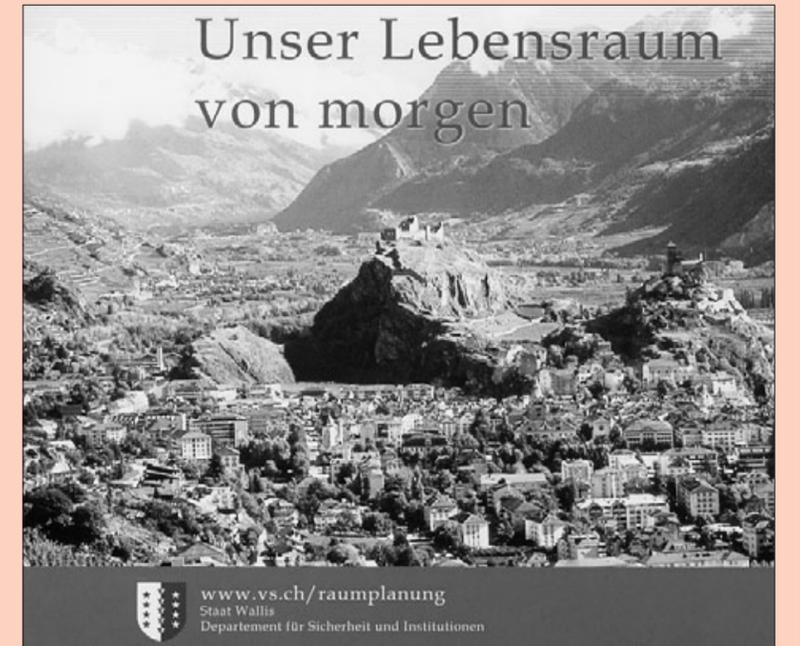
Wie die Wasserversorgung wurde auch die Abwasserentsorgung bisher massiv von Bund, Kanton und Gemeinden subventioniert. Hier geht der Trend zunehmend in Richtung verursachergerechter Belastung. BewohnerInnen von Einfamilienhäusern müssen folglich in Zukunft mit massiv höheren Abwassergebühren rechnen.

4 Stromversorgung:

Die Kosten für die Stromversorgung werden als einzige nicht von der öffentlichen

Hand subventioniert. Die Kosten für Neuerschliessungen werden via Stromrechnung auf alle StromkonsumentInnen gleichermaßen verteilt (Preissolidarität). Die BewohnerInnen von dichter besiedelten Gebieten mit günstigen Stromnetzkosten subventionieren so die teureren Gebiete. Diese Preissolidarität ist sinnvoll zwischen Städten und ärmeren Randgebieten. Falls aber damit neue Einfamilienhaussiedlungen und Villenquartiere in bevorzugten Lagen subventioniert werden, trifft die Preissolidarität auf ihre Grenzen, ja wird sogar ins Gegenteil verkehrt.

Unser Lebensraum von morgen



www.vs.ch/raumplanung
Staat Wallis
Departement für Sicherheit und Institutionen

Hochglanzbroschüren der Kantonsverwaltung als Ersatz für die fehlende Umsetzung in den Gemeinden.

Beispiel Haselmattenstrasse in Naters: 1,7 Mio. Subventionen für Villenquartier

(ktm) – Die Strasse zur Neuerschliessung des Haselmattenquartiers in Naters ist gebaut und kostet 3,5 Millionen. Davon stammen 1,7 Millionen aus der Gemeindekasse, der Rest wird den Grundstückseigentümern belastet. Die SP Naters forderte höhere Beiträge der Eigentümer. Die Schwarzen und Gelben liefen dagegen Sturm. Ihr Motto: Lieber Einfamilienhäuser und Villen subventionieren, statt mit dem Geld den sozialen Wohnungsbau fördern.

Die Haselmattenstrasse fand die Zustimmung der Urversammlung erst beim zweiten Anlauf. 1994 schickten die Natischer einen Kredit von 3,5 Millionen klar bachab. Der Gemeinderat war in der Zwickmühle, denn gemäss Raumplanungsgesetz besteht für eingezontes Bauland eine Erschliessungspflicht. Deshalb rief die Natischer Gemeindebehörde Josef Zimmermann, den Chefjuristen des Kantons, zu Hilfe. Und dieser erklärte, es handle sich um eine gebundene Ausgabe, welche keine Volksabstimmung brauche. Anderer Meinung war Gerichtsschreiber Beat Weissen: Es handelt sich um eine nicht gebundene Ausgabe und gehört vors Volk.

Darauf forderte der SP-Gemeinderat German Eyer eine Beteiligung der Grundeigen-

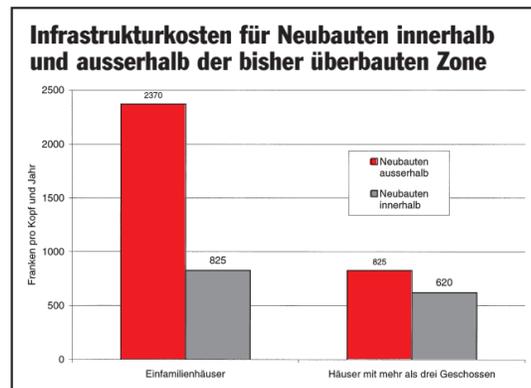
tümer in der Höhe von 60 Prozent der Projektkosten sowie eine zweite Abstimmung. Die schwarz-gelbe Mehrheit drückte den Anteil auf 50 Prozent herunter und spendierte damit weitere 350 000 Franken. 1998 stimmte die Urversammlung dem halbierten Kredit von 1,7 Millionen zu.

Schwarze und gelbe Spenderhosen

Die SP Naters hatte zudem einen Quartierplan verlangt, um eine sinnvolle, verdichtete Überbauung mit mehreren Geschossen zu garantieren anstatt eine landfressende Einfamilienhaussiedlung. Auch hier zogen die Schwarzen und Gelben die Spenderhose an: Die gesamten Infrastrukturkosten pro Kopf und Jahr schnellen damit in die Höhe. Gemäss Studie des Bundesamtes für Rau-

mententwicklung betragen die Infrastrukturkosten für Einfamilienhäuser ausserhalb der bisher überbauten Zone 2370 Franken pro Kopf und Jahr (siehe Grafik 1). Mit dem Bau von mehr als dreigeschossigen Gebäuden sinken die Infrastrukturkosten auf 825 Franken. Die Spenderlaune der Schwarzen und Gelben kostet also pro HaselmattenbewohnerIn und Jahr 1500 Franken, welche zu einem beträchtlichen Teil auf die öffentliche Hand und auf die Gebühren abgewälzt werden. Am billigsten ist es, ein mehr als dreigeschossiges Gebäude in eine Baulücke zu stellen. Dann betragen die Infrastrukturkosten noch 620 Franken. Im Vergleich zur stündhaft teuren Einfamilienhausvariante rund vier mal weniger.

Die Natischer Kommission für die Erhebung der Grund-



(Quelle: Bundesamt für Raumentwicklung / Grafik: ktm)

Grafik 1: Einfamilienhäuser ausserhalb der bisher überbauten Zone verursachen Infrastrukturkosten von 2370 Franken pro Kopf und Jahr. Je 825 Franken kostet die Infrastruktur pro Kopf und Jahr für Wohnblocks ausserhalb der bisher bebauten Zone.

eigentümerbeiträge hat festgehalten, «dass erfahrungsgemäss mit 30 Franken pro Quadratmeter die obere Grenze des Zumutbaren bei einem Grundeigentümerbeitragsverfahren erreicht sein könnte.» Auf Grund der Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung lautet die Frage andersherum: Wann ist die Grenze des Zumutbaren für diejenigen erreicht, welche die privilegierte Wohnlage der anderen sub-

ventionieren und dabei unter dem Lärm und den Abgasen des durch die Zersiedlung verursachten Autoverkehrs leiden. Jetzt müssen die enormen Subventionen im Detail berechnet und den Verursachern belastet werden. Die Gemeinden können schon jetzt handeln. Das kantonale Raumplanungsgesetz gibt ihnen die Kompetenz, «dass die Erschliessung auf Kosten der Privaten durchgeführt wird.»

Beispiel Geschinen: Bauland für mehr als hundert Jahre!

Die aktuellen Bauzonen von Geschinen sind bedeutend grösser als das bisher überbaute Gebiet. Der Staatsrat hat die überdimensionierte Bauzone widerwillig akzeptiert, nachdem sowohl das Meliorationsamt und die Dienststelle für Raumplanung eine Reduktion der offensichtlich zu grossen Bauzone gefordert hatten. Dabei konnte sich der Kanton auf das Raumplanungsgesetz stützen, welches verlangt, dass nur Bauland für die

nächsten 15 Jahre eingezont werden darf. Man stelle sich vor: Die ältesten Häuser von Geschinen sind rund 500 Jahre alt. So lange hat es gedauert, bis das jetzige Dorf gebaut war. Und jetzt wird eine noch grössere Fläche eingezont!

Einen Teil des Baulandes hatte die Gemeinde zuvor vom Militär erworben, der grösste Rest ist im Besitz von Privaten. Werner Bloetzer, der Raumplaner der Gemeinde, machte sich die Aufgabe leicht

und zog die Baulandgrenzen grosszügig mit dem Lineal. Und jeder Walliser Raumplaner weiss, je grösser die Bauzonen, desto sicherer der Erfolg an der Urversammlung. Gespannt darf man auf den angekündigten Quartierplan sein. Zudem muss die Gemeinde gemäss Raumplanungsgesetz bis zum 31. Dezember 2000 ein Erschliessungsprogramm erstellen. Dieses wird Aufschluss geben, wer die Kosten der Infrastruktur trägt.



Raumplanung mit dem Lineal: Vorne die überdimensionierte Bauzone von Geschinen, hinten das bestehende Dorf, dem die EinwohnerInnen fehlen.

Schlaflosigkeit und Müdigkeit wegen Elektromog

Hochspannungsleitung im Holzji muss saniert werden

(ktm) – Im Gliser Holzji stehen bewohnte Häuser sehr nahe an der Hochspannungsleitung. Mehrere EinwohnerInnen klagen über Schlaflosigkeit und Müdigkeit. Gemäss neuester Bundesverordnung zum Elektromog muss bei bestehenden Hochspannungsleitungen die Phasenbelegung optimiert werden, wenn der vorgeschriebene Grenzwert überschritten wird.

«Unser Kind weinte jede Nacht und schlief schlecht», berichtet ein betroffener Vater. Dann habe er Spezialmatratzen gekauft, welche den Elektromog abschirmen, und sofort habe das Kind besser geschlafen. Auch bei SP-Stadtrat Sepp Nöppli haben sich mehrere BewohnerInnen des Holzji gemeldet, welche ebenfalls unter Schlaflosigkeit leiden. Alle wohnen sie sehr nahe an der 220-kV-Leitung der Energie Ouest Suisse (EOS), welche die Zentralen in Chippis und Mörel verbindet und hauptsächlich dem Atomstromtransit über den Simplon und den Nufenenpass nach Italien dient.

Am 1. Februar 2000 hat der Bundesrat die «Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung» (NISV) in Kraft gesetzt. Sie regelt nicht nur die Abstände und Grenzwerte von Natelantennen, sondern auch jene von Hochspannungsleitungen. Die gesetzlichen Auflagen der neuen Verordnung sind für neue und alte Hochspannungsleitungen unterschiedlich. Neue Leitungen müssen zwingend den vorsorglichen Grenzwert von 1000 Nanotesla einhalten, was einen Abstand von rund 50 Metern ab dem äussersten Leiterkabel zu bewohnten Häusern erfordert.

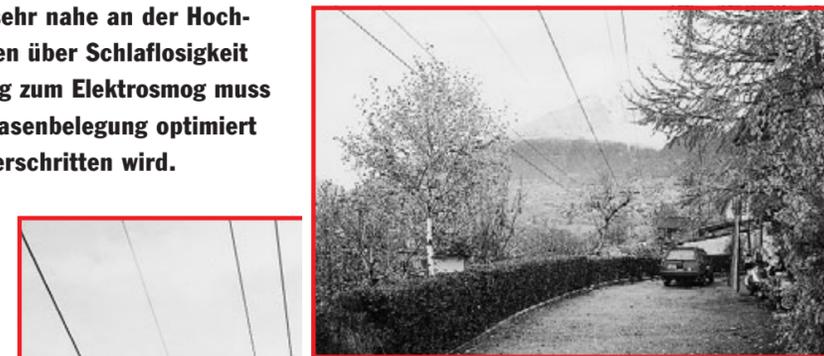
SP-Stadtrat Sepp Nöppli setzt Druck auf

Stehen Häuser im Einflussbereich von bestehenden Hochspannungsleitungen darf der Grenzwert von 1000 Nanotesla weiterhin überschritten

werden. Die Leitungsbetreiber sind jedoch verpflichtet, die Emissionen zu minimieren und die Leitungen zu sanieren. Konkret heisst das, sie müssen die Phasenbelegung optimieren, falls sie dies nicht bereits getan haben. Verantwortlich für die Kontrolle der Sanierungen ist das Eidgenössische Starkstrominspektorat (ESTI), welches die Aufgabe hat, die Stromleitungen, welche durch bewohntes Gebiet führen, aufzulisten und Informationen zu den Strahlungsbelastungen von den Stromunternehmungen anzufordern. Danach erlässt das Starkstrominspektorat Sanierungsverfügungen. Die Sanierungsfrist beträgt drei Jahre.

Laut Auskunft der Rhowag in Chippis, welche für den Betrieb der EOS-Hochspannungsleitung zuständig ist, wurde die 220-kV-Leitung zwischen Chippis und Mörel noch nicht optimiert. Man werde aber die Sache in die Hand nehmen und der gesetzlichen Pflicht nachkommen. Wie der wissenschaftliche BUWAL-Mitarbeiter Stefan Joss bestätigt, lässt sich der Elektromog mit der Phasenoptimierung erfahrungsgemäss beträchtlich senken. Um den Sanierungsprozess zu beschleunigen hat SP-Stadtrat Nöppli bereits beim Starkstrominspektorat und bei der Rhowag schriftlich interveniert und auf die Dringlichkeit der Sanierung hingewiesen.

Für eine Verlegung der Leitung bietet die NIS-Verordnung keine Handhabe. Eine kostspielige Verlegung ist nur dann zwingend, wenn die Lei-



Im Holzji ist die 220-kV-Hochspannungsleitung zum Greifen nahe.

tung sowieso neu gebaut oder die Spannung von 220 auf 380 kV erhöht wird. Die EOS plant langfristig die Erhöhung der Spannung auf 380 kV. So steht es im neuen Sachplan Übertragungsleitungen, zu dem sich alle Gemeinden und betroffenen Personen Anfangs Jahr äussern konnten.

Gesundheit bleibt zweitrangig

Wie Christian Brunner, stellvertretender Direktor der WEG, an einer Informationsveranstaltung in Baltschieder letztes Jahr andeutete, käme eine Verlegung der Leitung in Frage. Insbesondere in Baltschieder, wo die Leitung mitten durchs Dorf führt, wäre ge-

mäss Brunner eine Verlegung der Leitung an den Südhang sinnvoll. Die Spannungserhöhung der Leitung und ein Neubau ist zur Zeit auf Eis gelegt, weil zahlreiche Unsicherheiten die Stromwirtschaft vorsichtig gemacht haben: Die Strommarktöffnung, die Frage der nationalen Netzgesellschaft und der Bau von Gaskraftwerken in Oberitalien. Die Verlegung der Leitung zwischen Chippis und Mörel aus den Wohngebieten dürfte also noch mindestens 10 Jahre dauern.

Ebenfalls schreibt die NIS-Verordnung vor, dass in einem Korridor von rund 50 Metern beidseits einer Starkstromleitung kein Bauland mehr eingezont werden darf. In den

vergangenen Jahren wurde in einer Art Torschlusspanik landauf landab Land bis hart an die Stromleitungen eingezont. Und nun werden wieder alle Vernunft wacker neue Häuser in die 50 Meter-Zone gebaut. Der Bundesrat hat in dieser Sache den wirtschaftlichen Interessen der Grundstückseigentümer und der Stromlobby nachgegeben und damit die Gesundheit der Menschen als zweitrangig eingestuft. Familien mit Kindern ziehen in die neuen Wohnungen ein und realisieren den Fehler erstmals dann, wenn sie an einem ruhigen Sonntagnachmittag auf dem Balkon sitzen und dass aufdringliche Surren der Hochspannungsleitung hören.



Ein Gespräch mit Geologe Charles-Louis Joris
nach den Unwetterkatastrophen von Mitte Oktober

«Schuldzuweisungen sind total neben den Schuhen»

(eg) – Nach den Unwetterkatastrophen werden immer wieder Stimmen laut, sie hätten die Schadensereignisse in Gondo, Mörel oder Baltschieder vorausgesehen und wie diese hätten vermieden werden können. Wir fragten beim Geologen Charles-Louis Joris nach, ob tatsächlich jemand für die Katastrophen verantwortlich gemacht werden kann und was diese Naturkatastrophen für die Zukunft des Berggebietes bedeuten.

Rote Anneliese: Was sagt der Naturwissenschaftler Joris den verschiedenen Propheten, die sich jetzt nach der Katastrophe melden und alles besser wissen?

Charles-Louis Joris: Die Suche nach greifbaren Schuldigen bei Naturkatastrophen ist nicht erst seit Randa, wo die Brasilianer schuld gewesen sein sollen, aktuell oder eine medienwirksame Mode. Schuldige in Form von irrationalen Sündenböcken kennt man schon seit Alters her (siehe in den Walliser Sagen). Für irrationale, jedoch unmenschliche Schuldzuweisungen, habe ich wohl als Mensch Verständnis, als Rationalist finde ich sie nach diesem Jahrtausendunwetter jedoch total neben den Schuhen. Was in der Zeit um Mitte Oktober vom Himmel fiel, schlägt alle bekannten Rekorde. Man muss sich vorstellen, dass auf der Simplon-Südseite gut ein Drittel mehr Regen fiel als bei der Unwetterkatastrophe im Jahre 1993 als Brig in Schlamm und Schutt versank. Oberhalb Gondo rann am Tage der Katastrophe ein mehrere Zentimeter dicker Wasserfilm laminar die rund 300 Meter hohe

senkrechte Felswand hinunter, der am Felsfuss direkt in den Boden sickerte und alles unterspülte. Dieser Wasserfilm ist ein Phänomen, wie ich und die andern, die dabei waren, es noch nie gesehen habe und wie es sich zur Zeit die Wissenschaft – so weit mir bekannt – nur schwer erklären kann.

Trotzdem, wegen dem Dammbruch oberhalb Gondo rutschten mehrere tonnenschwere Betonelemente den Hang hinunter und zerstörten die Gebäude. Ohne Damm wäre zumindest das nicht passiert.

Der Damm wurde 1988 erstellt. Seither hat er mindestens in drei Fällen sehr grosse Felsbrocken zurückgehalten. Was beispielsweise kurz vor Weihnachten 1988 passiert wäre, als ein Riesenblock von rund 20–50 m³ nicht vom Damm aufgehalten worden wäre und stattdessen in die darunter liegende Tankstelle gedonnert wäre, die es allenfalls in die Luft gejagt hätte, ist nicht vorstellbar. Sicher wären dann die anderen Propheten gekommen, die schon immer darauf verwiesen haben, einen Damm gegen Steinerschlag zu bauen.

Aber es müsste in der heutigen Zeit doch technisch möglich sein, einen stabilen Damm zu bauen, der auch tatsächlich hält.

Der Damm hielt rund 20 Minuten dem Druck stand. Dann kippten drei Elemente über die talseitige Einbindung, weil die Fugen nicht mehr hielten. Falls der Blockfallverbaubau neu erstellt wird, muss er derart konstruiert werden, um die Stabilität gegen Hangmuren auch zu gewähren. Vor allem wird aber eine Vorrichtung direkt an der Felswand das Wasser aus dem Hang fernhalten müssen. Doch auch mit diesen Massnahmen oder ohne jegliche Massnahme: Hundertprozentige Sicherheit gibt es nie.

«Doch auch mit diesen Massnahmen oder ohne jegliche Massnahme: Hundertprozentige Sicherheit gibt es nie.»

Und in Baltschieder oder Mörel: Ist dort nicht durch bauliche künstliche Massnahmen die Gefahr einer Überschwemmung erhöht worden?

Auch in diesen Regionen muss man sich immer vor Augen halten, dass es sich um ein Jahrtausendunwetter handelte. Man muss sich vorstellen, dass die ersten Rutsche rund 100 Meter unter dem Gipfel des Gerstenhorns losbrachen, im riesigen Einzugsgebiet unterhalb der Honalpe immer neue Schutt- und Gesteinsmassen mitrissen, die dann den riesigen Murgang im Baltschiederbach bildeten. Im Dorfkern

von Baltschieder waren Häuser betroffen, die schon seit Jahrhunderten dort stehen. Dass die Einsargung und Überdeckung eines Bachs wie im Fall von Mörel – wenn die Kapazität nicht mehr reicht – die Gefahr einer Überflutung erhöht, ist und war schon immer bekannt.

Die Unwetterkatastrophen im Alpengebiet häufen sich. Wenn es ein paar Tage regnet, muss man schon das Schlimmste befürchten. Ist das Berggebiet überhaupt noch bewohnbar?

Eines ist sicher: Sicherheitsmassnahmen, die auf ein Jahrtausendereignis ausgerichtet sind, sind finanziell unmöglich realisierbar. Was es braucht, sind zwei Dinge: zum einen muss ein Management des Rottens und der Rhone von Gletsch bis Marseille mit entsprechenden Überflutungszonen erstellt werden. Ein Hochwasser wird immer von einer höher gelegenen Region in eine tiefer gelegene Region weiter gegeben. Greifen beispielsweise die Hochwasserschutzmassnahmen im Oberwallis, schwimmt das Unterwallis. Dieser Effekt zieht sich weiter bis nach Marseille. Zum anderen braucht es einen solidarischen Versicherungsfonds, in den die Leute, die an sicheren Orten wohnen gleich viel einbezahlen wie Leute, die in Gebieten leben, die allenfalls von einer Unwetterkatastrophe betroffen werden. Dieser Versicherungsfonds darf nicht gewinnorientiert organisiert sein und darf in keinem Fall den Privaten überlassen werden. Blocher, Ebner und all die Kryptoyankees sollen besser stiften gehen, sonst... ich bin von rabiater Natur.

«Blocher, Ebner und all die Kryptoyankees sollen besser stiften gehen, sonst... ich bin von rabiater Natur.»

Und die Ursachen des immer mehr verrückt spielenden Wetters werden als naturgegeben hingenommen?

Die Natur spielt ganz sicher ihre Rolle. Beispielsweise spielt die 11-jährige Schwankung der Sonnenaktivität (mit einem Maximum anno 2000), Vulkanausbrüche und vieles andere mehr sicher ihre – sehr grosse – Rolle. Allerdings ist der menschlich verursachte Treibhauseffekt ebenfalls und immer stärker mit im Spiel. Hier können wir – kann vor allem die globale Politik – direkt etwas machen.

Allein mit nabelschauendem Vrenelsgärtlifaschismus à la Biogemüse essen oder – auf der anderen Seite – mit Gipfeltreffen in Rio oder Seoul die höchstens dazu führen, dass die reichen Länder den armen die CO₂-Kontingente abkaufen, ist auf alle Fälle rein gar nichts getan. Die menschlich Mit-Ursache der Unwetterkatastrophen liegt vordergründig im weltweit wachsenden CO₂-Ausstoss und dem damit verbundenen Treibhauseffekt, der seit 200 Jahren steigt. Will man dagegen etwas unternehmen, muss der Verbrauch fossiler Energieträger (auch von «sauberem» Erdgas) mittelfristig auf Null reduziert werden. In dieser und meiner Logik braucht es daher einen regulierten Energie- und Strommarkt, wenn das auch sogenannte linken Politikern wie Simonetta Somaruga oder Beat Kappeler, die voll auf die Liberalisierung abgefahren sind, nicht in den Kram passt.

Stimmrecht 16 im Walliser Grossen Rat keine Chance

Die bürgerliche Mehrheit im Walliser Grossen Rat hat in der Septembersession die Motion zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren klar mit 64 zu 17 Stimmen abgelehnt. Mit haarsträubenden Argumenten.

Motion von der JUSO Oberwallis unterstützt

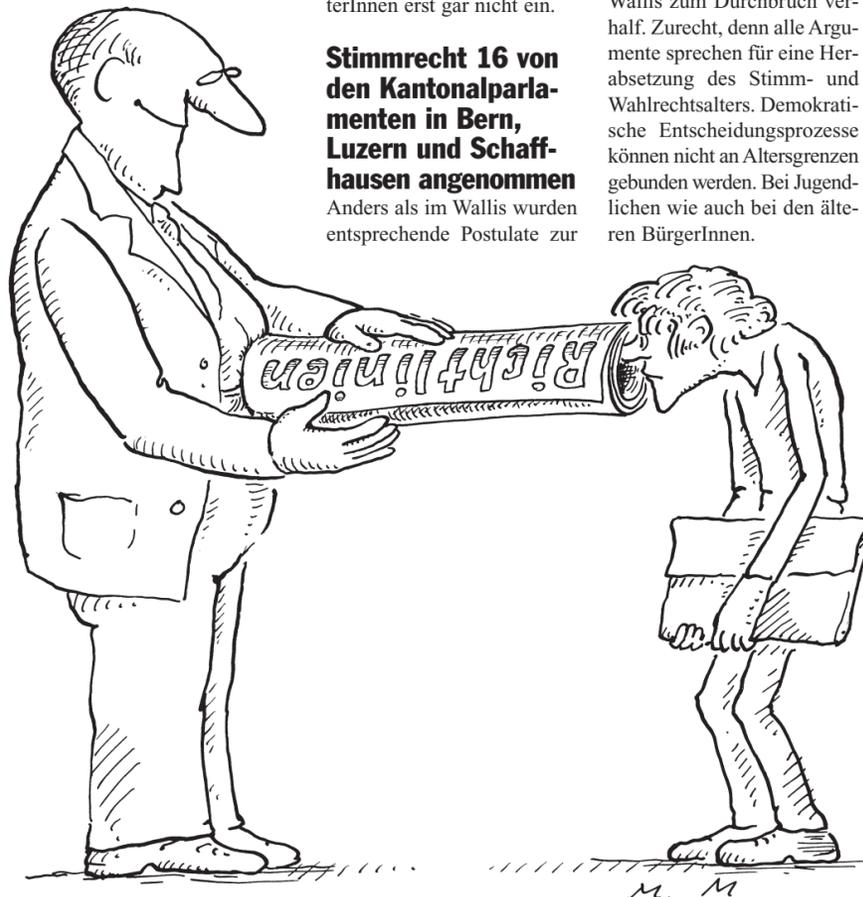
Die Motion zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren im Wallis, von den zwei SP-Grossräten Edgar Salzmann und Tony Schmid eingereicht, wurde von der JUSO Oberwallis mit einer Unterschriftensammlung und mehreren Standaktionen unterstützt. Mit Erfolg, denn innerhalb von drei Monaten sammelten die Jungpolitiker über 800 Unterschriften meist jugendlicher Schülerinnen und

Schüler. Auch namhafte Politiker aus dem Oberwallis unterschrieben das Begehren, darunter Staatsrat Thomas Burgenner und die zwei Oberwalliser Nationalräte Peter Jossen und Odilo Schmid. Am Tag der Entscheidung wurden die Unterschriften mediengerecht dem Walliser Staatsratspräsidenten Jean-René Fournier überreicht. Trotzdem wurde der Vorstoss bachab geschickt. Die Walliser C-Parteien, die in ihren Wahlprogrammen immer wieder auf Jugendpolitik setzten, um damit Wählerstimmen auf sich zu vereinen, gingen auf die Argumente der BefürworterInnen erst gar nicht ein.

Stimmrecht 16 von den Kantonalparlamenten in Bern, Luzern und Schaffhausen angenommen

Anders als im Wallis wurden entsprechende Postulate zur

Einführung des Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren in den Kantonen Bern, Luzern und Schaffhausen vom Grossen Rat angenommen und an die Kantonsregierung zur Überarbeitung weitergegeben. In diesen Kantonen wird im Rahmen von anstehenden Verfassungsrevisionen eine Änderung zugunsten der Jugendlichen vorgenommen. Im Kanton Luzern konnten 450 Unterschriften für eine entsprechende Petition gesammelt werden. Es wurde ebenfalls eine Motion eingereicht um dem Vorstoss im Luzerner Grossen Rat zum Durchbruch zu verhelfen. Einziger Unterschied zum Wallis: Im Kanton Luzern wurden die Unterschriften von der Jung-CVP Luzern gesammelt, und die Motion von einem CVP Grossrat eingereicht, was dem Begehren in der CVP-Hochburg Luzern anders als im Wallis zum Durchbruch verhalf. Zurecht, denn alle Argumente sprechen für eine Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters. Demokratische Entscheidungsprozesse können nicht an Altersgrenzen gebunden werden. Bei Jugendlichen wie auch bei den älteren BürgerInnen.



Vorschlag der JUSO Oberwallis an die Walliser C-Parteien:

1. Damit unsere RentnerInnen ihren wohlverdienten Lebensabend sorgenfrei, ohne belastende Politik, ohne lästige Diskussionen über die Zukunft bestreiten können, startet die CVP-Wallis eine Initiative zur Begrenzung des Stimm- und Wahlrechts auf 65 Jahre. Wer älter ist, darf nicht mehr an die Urne.

2. Bevor ein(e) StimmbürgerIn das Stimm- und Wahlrecht erhält, muss er einen Test bestehen, der sein politisches Wissen und somit seine Fähigkeit, Stimmen und Wählen zu gehen, ausweist. Der Test muss alle 10 Jahre erfolgreich absolviert werden, ansonsten droht Stimmrechtsentzug. ParlamentarierInnen müssen eine entsprechend schwierigere Prüfung bestehen.

3. Die Walliser C-Parteien mit über 50% Wähleranteil schicken im März für die Grossratswahlen keine KandidatInnen ins Rennen, sondern den Papst. Wird er gewählt, werden ihm alle Parlamentsgeschäfte übertragen. Der Walliser Staatsrat wird ebenfalls wie das Parlament überflüssig. Resultat: Viele überglückliche unmündige BürgerInnen, von der belastenden Politik befreit, haben keine Sorgen mehr. Dieser politische Schachzug würde dann nicht Silicon-Valais sondern Vatican-Valais genannt.

JUSO Oberwallis, Cyrill Pinto

Unverständnis löste deshalb auch die Argumentation der Gegnerschaft im Grossen Rat aus. Mit Ausnahme der SP lehnten alle Fraktionen den Vorstoss ab. Wieweit die ParlamentarierInnen in ihren Voten nach Argumenten suchen mussten zeigt folgendes Beispiel:

Die Radikalen wie auch die Oberwalliser und Unterwalliser CVP zauberten ein Argument aus der politischen Wundertüte, welches bei allen Jungparteien von links bis rechts Kopfschütteln auslöste: Die Jugendlichen sollen in ihrem schweren Alltag nicht noch mehr belastet werden, indem

sie sich mit Politik auseinandersetzen müssen. Auch seien sie zuwenig ausgebildet, um in Abstimmungen mitreden zu können. Übrigens: Die Jung-CVP Oberwallis wurde von der JUSO Oberwallis schriftlich angefragt, ob sie die Kampagne zur Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters ab 16 Jahren unterstützen wollen. Sie seien grundsätzlich dazu bereit, müssten dies aber noch intern besprechen, hiess es in einem kurzen E-Mail an die JUSO Oberwallis. Das war im Mai. Offenbar scheint die Diskussion weiter am Laufen zu sein. Wir sind gespannt, was dabei herauskommt.

2115 Ausgesteuerte polierten 1999 die Arbeitslosenstatistik des Kantons Wallis

Für die Fehler der Manager und Politiker büssen die Schwächsten mit einem menschenunwürdigen Hürdenlauf!

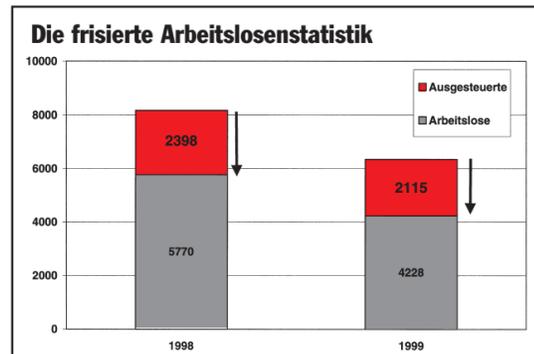
(ktm) – Im Wallis wurden letztes Jahr 2115 Arbeitslose ausgesteuert. Hochgerechnet auf die Schweizerischen Zahlen wurden im Wallis seit 1990 über 17 000 Menschen aus der Arbeitslosenkasse entlassen und halfen damit die Arbeitslosenstatistik massiv zu beschönigen. Mit der Aussteuerung setzt für viele der soziale Abstieg fort, der mit niedrigen Löhnen, schlechter Ausbildung und der Arbeitslosigkeit begann. Sie landen in Beschäftigungsprogrammen, bei der kommunalen Fürsorge oder bei der Invalidenversicherung. Ein menschenunwürdiger Hürdenlauf, der aufhören muss!

«Die Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA) hat die Ziele, die sie sich für das Jahr 1999 gesetzt hatte, mehrheitlich erreichen können,» heisst es im DIHA-Tätigkeitsbericht. Die Zahl der Arbeitslosen ist 1999 im Vergleich zum Vorjahr von 5710 auf 4228 gesunken (siehe Grafik 1). Die Statistik wurde jedoch durch einen Trick beschönigt: 1998 wurden 2398 Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung (ALV) entlassen, weil ihre ge-

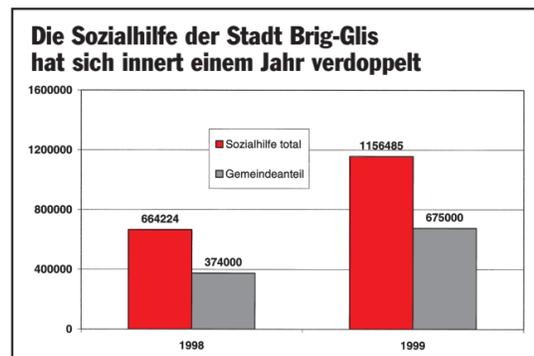
setzliche Rahmenfrist von 520 Tagen abgelaufen war. 1999 waren es 2115 und im laufenden Jahr 491 (bis Juni). Zahlen für die Rezessionsjahre 1990 bis 1997 kann DIHA-Chef Marco Dini auf Anfrage nicht liefern. In der ganzen Schweiz wurden laut Angaben des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) 280 000 Arbeitslose aus der Arbeitslosenkasse ausgesteuert. Das ergibt hochgerechnet für das Wallis über 17 000 Menschen.

Verwaltungsleerlauf auf dem Buckel der Schwächsten

Über das Schicksal dieser 17 000 Ausgesteuerten schweigt sich der DIHA-Verwaltungsbericht aus. Zur Zeit sind verschiedene Untersuchungen im Gang, welche diese Lücke schliessen sollen. Experten schätzen, dass rund ein Drittel der Ausgesteuerten bei der Sozialhilfe der Gemeinden landen. Weitere Stationen



(Quelle: DIHA; Grafik: ktm)
Die Ausgesteuerten senken die Arbeitslosenzahl massiv.



(Quelle: Sozialamt Brig-Glis; Grafik: ktm)
Hauptgrund für den starken Anstieg der Sozialhilfekosten in Brig-Glis sind die Ausgesteuerten, welche rund einen Viertel aller SozialhilfeempfängerInnen ausmachen. Trotz sinkenden Arbeitslosenzahlen steigt die Zahl der ausgesteuerten SozialhilfeempfängerInnen in Brig-Glis auch im laufenden Jahr.

auf dem Kreuzweg sind die Invalidenversicherung und die Beschäftigungsprogramme. Der unmenschliche Hürdenlauf der Schwächsten jedoch beginnt viel früher und ist von den bürgerlichen PolitikerInnen knallhart eingeplant und gesetzlich vorgespurt:

- Gesetzlich verankerte Mindestlöhne scheiterten am bürgerlichen Widerstand. Stattdessen werden Kantonsmilionen in die Ausbildung von überflüssigen Medizinern

verpulvert, statt in die berufliche Weiterbildung ganz unten.

- Die Taggelder für nicht erziehungspflichtige Personen wurden Anfang der 90er Jahre von 80 auf 70 Prozent gekürzt.
- Die Revision des ALV-Gesetzes 1997 setzte den Kahl-schlag fort: Seither ist es nicht mehr möglich, mit der Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen für weitere zwei Jahre Arbeitslosen-

Politik der Apartheid

Die Politiker und Manager haben die Arbeitslosigkeit mit falschen Entscheidungen gefördert. In der gerechten Verteilung der Arbeit auf alle Menschen haben sie kläglich versagt. Sie betreiben vielmehr eine Politik der Apartheid, welche in der Schweiz 500 000 Arme ausgrenzt. Die Schwächsten büssen für die Fehler der anderen mit dem sozialen Abstieg, mit Spottlöhnen, mit schlechter Ausbildung, mit Lohnkürzungen und Abstrichen bei den Fürsorge- und Invalidengeldern. Das muss aufhören.

«Wut tut gut: Zeitung zur Lage der erwerbslosen Ausgesteuerten»

Bestellen bei: Comedia Die Mediengewerkschaft Monbijoustr. 33, 3001 Bern
Tel. 031 390 66 11
Fax 031 390 66 91
E-Mail: vogel@comedia.ch

- Somit liegt der Ball wieder beim Bund und das Fiasko ist perfekt: Der Verwaltungs-Leerlauf kostet Unsummen und heraus kommen gequälte und enttäuschte Menschen zweiter Klasse. Besonders in kleinen Gemeinden ist der Gang auf das Sozialamt das Allerletzte, das jemand passieren kann. Die Gemeindefinanzen sind unter Druck und die Willkür ist gross. Qualifiziertes Personal fehlt.
- Mit der geplanten Revision des ALV-Gesetzes soll unter dem Druck der Wirtschaft der Kahlschlag auf Kosten der Schwächsten weitergehen: Die Bezugsdauer soll auf 400 Tage gesenkt werden.

Der freie Fall nach unten:

Von 5300 auf 1350 Franken im Monat

Erich (Name geändert) ist heute 50. Im März 1995 bekam er die Kündigung. Mit ihm musste noch ein Dutzend andere gehen. Von der Arbeitslosenkasse erhält er zuerst 80 dann 70 Prozent seines ursprünglichen Lohnes von 5300 Franken brutto. So ging hinunter auf 3700 Franken und schliesslich auf 3200 Franken. Nach Ablauf der bezahlten Arbeitslosigkeit wird er ausgesteuert und ihm wird in einem Beschäftigungsprogramm ein Aufräumjob angeboten. Er muss im kalten Schlamm waten, Balken tragen und zusammen mit Strafgefangenen Uferböschungen reinigen. Dafür erhält er 1800 Franken

monatlich. Dann meldet er sich beim Fürsorgeamt einer mittleren Stadt. Er erhält 1800 Franken im Monat; die Leute bei der Fürsorge sind freundlich und korrekt. Dann zieht Erich zu seiner Freundin in eine kleinere Gemeinde. Die dortigen BetreuerInnen sind abweisend, frech und überfordert. Er wird als Schmarozzer eingestuft. Im Herbst versucht das Sozialamt der Gemeinde die Abschiebung an die Invalidenversicherung (IV). Ein standfester Psychiater sagt «Nein» zum Versuch Erich zum unheilbar Kranken zu erklären. Heute bleiben Erich noch 1350 Franken Fürsorgeunterstützung im Monat.

Beschäftigung für PLANVAL

«Interinstitutionelle Zusammenarbeit» ist das neue Schlagwort im Bereich der «Verwaltung der Arbeitslosigkeit». Zu diesem Zweck organisierte im vergangenen Oktober das Briger Büro PLANVAL im Auftrag der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA) einen Workshop unter dem Titel «Projekt Optima RAVSOLV». Am Workshop nahmen rund 50 VertreterInnen der Ämter und Organisationen (RAV, OPRA, SMRZ, LVT etc.) teil, welche sich mit der Arbeitslosigkeit beschäftigten. Als am Abend der Tagung nichts weiter vorlag, als drei oder vier banale Erkenntnisse auf

dem Hellraumprojektor, lüpfte es einem Unterwalliser Teilnehmer den Hut und er protestierte gegen die magere Ausbeute des Tages. DIHA-Chef Marco Dini seinerseits versuchte die Wogen zu glätten und versprach eine bessere Effizienz für die Zukunft. Ein Faktum stand am Abend auf jeden Fall fest: 50 Leute waren während acht Stunden beschäftigt und kosteten rund 30 000 Franken (exklusive PLANVAL-Kosten). Ein Teilnehmer spricht vielen der TeilnehmerInnen aus dem Herzen: «Wir hätten Gescheiteres zu gehabt.»

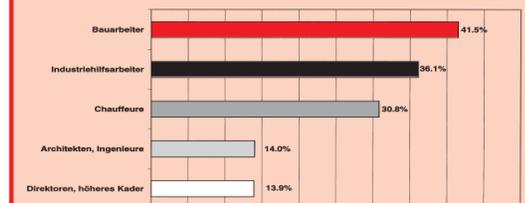
Absurde Forderungen der SVP und FDP zur Erhöhung des Rentenalters

Sollen nur noch Bankdirektoren die AHV-Rente geniessen?

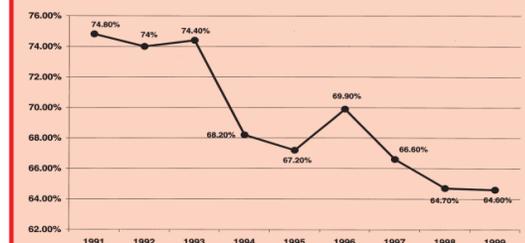
(ktm) – Zwei Studien des Genfer Arbeitsinspektorats und der GBI bringen die erschreckenden Fakten an den Tag. 41,5 Prozent der Bauarbeiter sterben vor dem 65sten Lebensjahr oder werden invalid, bei den Direktoren und höheren Kadern hingegen sind es bloss 13,9 Prozent (Grafik 1). Generell ging die Zahl der über 60jährigen Erwerbstätigen in den letzten zehn Jahren drastisch zurück: Nur noch 64,6% waren 1999 erwerbstätig, 1991 waren es noch 74,8% (Grafik 2). In der EU sind 46,4% der 55–64jährigen noch erwerbstätig, in Belgien nur noch 32,2%. Mit 71% ist die Schweiz Europameister! (Grafik 3)

Die Lücke zwischen dem wirklichen Altersrücktritt und dem AHV-Rentenalter klafft immer weiter auseinander. Bei den Banken und der Grosschemie werden diese Lücken immer öfter durch Renten aus der 2. Säule und aus Betriebsmitteln überbrückt. Beim Gewerbe ist diese hingegen nicht der Fall. Ausgerechnet für jene, welche besonders hart arbeiten, gibt es keine vorzeitige Pensionierung und es bleibt ihnen nur die IV oder die Fürsorge.

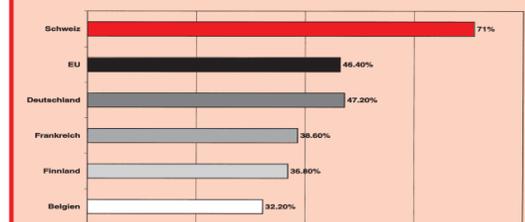
Die Forderungen der FDP und der SVP nach einer Erhöhung des Rentenalters sind angesichts der Fakten zynisch und gehen an der Realität komplett vorbei. Stattdessen braucht es ein freiwählbares, vorgezogenes Ruhestandsalter ohne Renteneinbusse, mehr Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und eine Beschränkung der krankmachenden Überzeiten.



Grafik 1: 41,5% der Bauarbeiter werden invalid oder sterben vor dem 64. Lebensjahr.



Grafik 2: Immer weniger Männer ab 60 sind noch erwerbstätig.



Grafik 3: Erwerbstätigkeit der Männer zwischen 55 und 64 Jahren. (Quelle: GBI, Genfer Arbeitsinspektorat; Grafiken: ktm)

Für ein garantiertes Mindesteinkommen

Schluss mit dem demütigenden Gang aufs Sozialamt

- Die Sozialwerke ALV, SUVA, AHV, IV und Pensionskassen funktionieren nach dem Versicherungsprinzip, das heisst sie gelten nur für jene, welche eine Erwerbsarbeit haben.
- In der Schweiz gibt es rund 500 000 Arme, welche keine oder eine schlecht bezahlte Arbeit haben, so dass ihre Existenz nicht durch eine Versicherung garantiert ist.
- Die sozial Bedürftigen werden auf die Sozialhilfe der Gemeinden verwiesen, welche unter dem Finanzdruck die Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) für ein Existenzminimum immer öfter unterlaufen. Die Willkür ist gross, ebenso die Dunkelziffer jener, welche sich aus Angst überhaupt nicht bei der Sozialhilfe melden.
- Deshalb braucht es ein Sozialhilfegesetz auf Bundesebene, welches mehr Transparenz und Rechtssicherheit bietet. In einem Sozialhilfegesetz muss ein garantiertes Mindesteinkommen festgeschrieben werden, auf das für Armutsbetroffene ein Rechtsanspruch besteht. Diese Praxis hat sich bereits beim Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen bewährt, welches den AHV- und IV-RentnerInnen in der ganzen Schweiz ein Existenzminimum gewährleistet.
- Die Sozialhilfe muss als selbstverständliches Recht wahrgenommen werden, die Willkür muss verschwinden und der demütigende Bittgang aufs Sozialamt soll Armutsbetroffenen erspart bleiben.

Unsinniges Seilbahnprojekt Gandegg-Hockenhorngrat im Lötschental

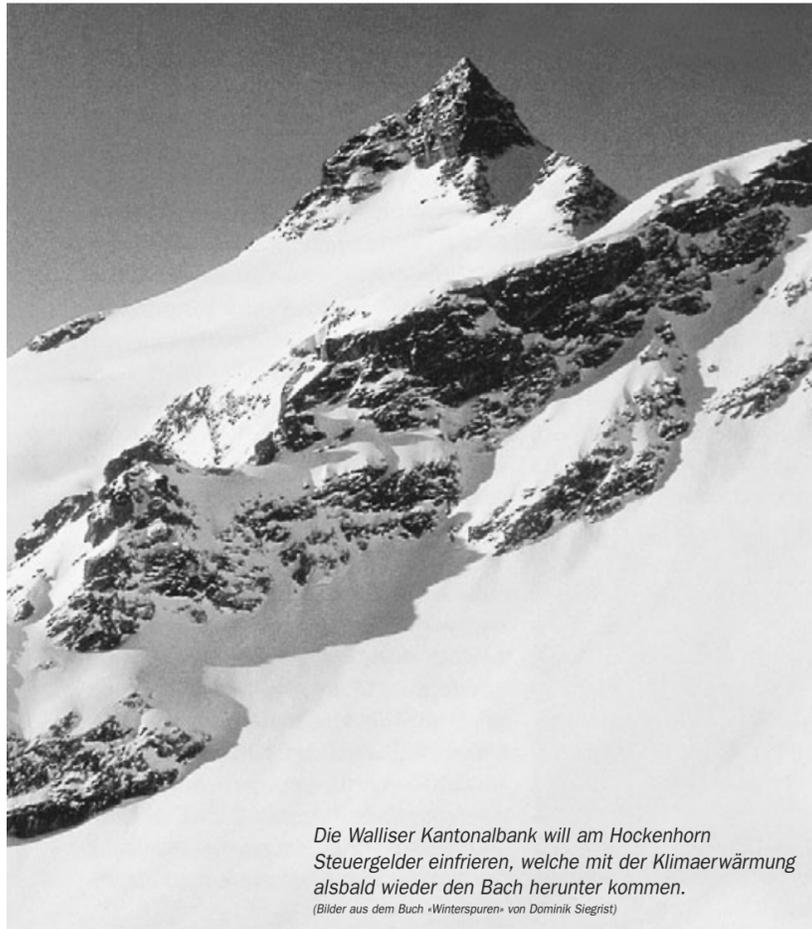
Und wieder dreht sich das Karussell der Verschuldung

(ktm) – **Leute mit einem guten Gedächtnis wissen: Den Bergbahnen und Skistationen steht das Wasser bis zum Hals, die Konkurrenz ist ruinös, das Skiangebot übersteigt die Nachfrage, die Banken ziehen sich zurück. Nicht so im Lötschental. Dort will man die Vergangenheit wiederholen! Mit der Erschliessung des Hockenhorns und des Milibachgletschers dreht sich das Verschuldungs-Karussell erneut. Die Walliser Kantonalbank und der Bund liefern grosszügig die Millionen, im Windschatten lauert die UBS.**

«Ein kompletter Blödsinn» urteilen selbst bürgerliche ParlamentarierInnen und schüteln den Kopf über die geplante Seilbahn von der Gandegg (2717m) auf den Hockenhorngrat (3100m) im Lötschental. Zwar hat der Bundesrat die Konzession für das 11 Millionen-Projekt im Januar 2000 erteilt. Dagegen hat aber die Stiftung für Landschaftsschutz Schweiz (SLS) im Februar Beschwerde erhoben und massive Kritik ans Departement von Bundesrat Moritz Leuenberger gerichtet. Die SLS-Präsidentin und FDP-Nationalrätin Lili Nabholz sowie der SLS-Stiftungsrat und alt FDP-

Ständerat Willy Loretan kommen sogar zum Schluss, «verschiedene der involvierten Stellen des Bundes seien nicht in der Lage, die Risiken der weiteren mechanischen Erschliessung des Hochgebirges objektiv zu beurteilen.»

Der Bundesrat hat am 9. November 2000 die Umlaufkabinen-Bahn auf den Hockenhorngrat bewilligt. Der Entscheid sei «kein Präjudiz für weitere Erschliessungen im Hochgebirge», versucht er andere Promotoren abzuwehren. Die zuständigen Leute im Bundesamt für Verkehr (BAV) haben offensichtlich den Lötschentaler Promotoren viel zu



Die Walliser Kantonalbank will am Hockenhorn Steuergelder einfrieren, welche mit der Klimaerwärmung alsbald wieder den Bach herunter kommen.
(Bilder aus dem Buch «Winterspuren» von Dominik Siegrist)

früh und zu blauäugig Zustimmung signalisiert und konnten schliesslich nicht mehr zurück, weil der Planungsdruck schon zu gross war. Jetzt soll mit sogenannten Ausgleichsmassnahmen der Sündenfall etwas gemildert werden. SLS-Geschäftsleiter Raimund Rodewald ist enttäuscht über «das Zurückkriechen in Sachen Ausgleichsmassnahmen. Der Helilandeplatz Petersgrat bleibt weiterhin unangetastet und der Ausgleichsbeitrag von 75 000 Franken (relativ zur Bausumme von 11 Millionen) für eine Verschandelung einer Hochgebirgslandschaft ist lächerlich.»

Walliser Kantonalbank lässt den Rubel rollen

Das 11 Millionen-Projekt der Lauchernalp-Bahnen steht völlig quer in der gegenwärtigen Seilbahnlandschaft. Die NZZ titelte im vergangenen Juni für jene, die es noch nicht wissen (wollen) «ein Grossteil der Schweizer Seilbahnen ist zu einem Sanierungsfall geworden.» Selbst der Schweizerische Tourismusverband (STV) spricht im neusten Jahresbericht Klartext zur finan-

ziellen Falle der Bergbahnen. Ausgerechnet jetzt beginnt das Verschuldungskarussell erneut zu drehen. Und wieder schiesst der Bund hohe IHG-Gelder vor und die Walliser Kantonalbank, gerade noch mit 50 Millionen Steuergeldern aufgepöppelt, zieht blindlings mit. Auch die UBS steht in den Startpflocken, um demnächst das konjunkturell angesammelte Geld wieder loszuwerden.

Wann läuten die Alarmlöcher

Schon bei der Konsultation des Jahresergebnisses 1999/2000 der Lauchernalp-Bahnen müssten sämtliche Alarmlöcher läuten. In der Wintersaison wurde im Vergleich zum Vorjahr ein markanter Rückgang von 250 000 Fahrten verzeichnet und auch das Betriebsergebnis lag unter dem Mittel der letzten fünf Jahre. Zudem wird der Milibachgletscher nur für einige Jahre als Werbemagnet dienen. Denn die Klima-Erwärmung setzt dem Gletscher bereits jetzt zu und der Gletscher wird den Promotoren buchstäblich unter den Skiern wegschmelzen.

Aufhebung des Gebirgslandeplatzes Petersgrat:

Walliser Bau- und Verkehrsdepartement lässt die Lauchernalp-Bahnen am Seil herab!

(ktm) – **Obwohl die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SLS) grundsätzlich gegen den Bau der Seilbahn auf den Hockenhorngrat ist, hat sie dennoch Hand für einen Kompromiss geboten. Die SLS verlangte als Kompensation unter anderem die Aufhebung des Gebirgslandeplatzes Petersgrat, welcher im eidgenössisch geschützten BLN-Gebiet «Berner Hochalpen und Aletsch-Bietschhorn» liegt und für das umweltschädliche Heliskiing genutzt wird.**



Heliskiing auf dem Petersgrat soll weitergehen: Kanton liess LötschentalerInnen im Stich.

Die Lötschentaler Gemeinden haben darauf die Aufhebung des Gebirgslandeplatzes Petersgrat verlangt. Im Bau- und Verkehrsdepartement in Sitten stiessen die LötschentalerInnen offenbar auf taube Ohren. Ihr Begehren wurde von den zuständigen Dienststellen für Verkehr und Raumplanung einfach ignoriert. Im neusten kantonalen Richtplan, der Ende Oktober veröffentlicht wurde, ist von einer Aufhebung des Gebirgslandeplatzes Petersgrat keine Rede. Vielmehr hält der Kanton Wallis auf Drängen der Helikopterfirmen an den bestehenden 19 Gebirgslandeplätzen im Wallis fest.

Ebenfalls der Kanton Bern hat sich unter Druck der Berner Oberländer Heliunternehmen aktiv für die Beibehaltung des Gebirgslandeplatzes Petersgrat eingesetzt. Und dies obwohl in der näheren Umgebung fünf weitere Gebirgslandeplätze vorhanden sind, drei davon in nächster Nähe: Kanderfirn (2 km), Bluemlisalp und Langgletscher (6 km). Nota bene allesamt in eidgenössisch geschützten BLN-Gebieten!

Die Haltung der Kantone Wallis und Bern stiess im heliverrückten Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) auf offene Ohren. Der Gebirgslandeplatz Petersgrat figuriert jetzt abgestützt durch den Walliser Richtplan in der Liste des Sachplanes Infrastruktur der Luftfahrt (SIL), der vom Bundesrat im vergangenen Oktober genehmigt wurde.

Rechnung besser nach Sitten schicken

Auf diese Weise verschaukelt, kam die SLS nicht um eine Beschwerde an den Bundesrat herum. Wenn nun der Präsident der Lauchernalp-Bahnen, Peter Heim, und der Wiler Gemeindepräsident Fernando Lehner die SLS für die Verzögerung verantwortlich machen und sogar mit finanziellen Forderungen daherkommen, dann sollten sie die Rechnung besser nach Sitten an die Adresse von Nicolas Mayor, Chef der Dienststelle für Verkehr, richten. Zudem müssen sie sich selbst an der Nase nehmen: Offenbar haben sie beim Kanton zu wenig für ihre Interessen lobbyiert.

Wie aus dem Lötschental über Nacht eine grosse Skistation wurde

(ktm) – **Die geplante Seilbahn auf den Hockenhorngrat ist eine sogenannte Hochgebirgserschliessung, welche laut Luftseilbahn-Konzessionsverordnung nur «im Bereich grösserer Fremdenverkehrsorte erteilt werden darf.» Deshalb stellt sich die Frage, ob die Gemeinde Wiler mit der Lauchernalp und zusammen mit dem Lötschental unter die grossen Skistationen wie Zermatt, Saas-Fee oder Crans-Montana eingereiht werden kann. «Ja» sagen die Verantwortlichen der Lauchernalp-Bahnen.**

Entschieden anderer Meinung ist die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz. Das Lötschental kommt im Winter auf 85 000 Logiernächte. Zum Vergleich: Saas-Fee ohne die anderen Saastaler Gemeinden kommt auf 590 000 Logiernächte. Die Lötschentaler Promotoren geben sich aber nicht so schnell geschlagen und holen die 29 000 Kandersteger Logiernächte im Winter zu Hilfe. Insgesamt steigt dann

die Zahl auf 114 000 Nächte. Die Zahlen von Saas-Fee liegen auch mit diesem Kunstgriff fünfmal höher. Überdies ist dieser Kunstgriff nicht ganz lupenrein, weil es im Winter keine direkte Pistenverbindung zwischen dem Lötschental und Kandersteg gibt. Auch bei den beförderten Passagieren im Jahr liegt Wiler-Lauchernalp mit 1,6 Millionen weit hinter Saas-Fee mit 8 Millionen zurück.



Das Lötschental auf den Spuren der grossen Skistationen...

Eric Ambler

Der kompetente Kriminelle

(he) – **Eric Ambler hat nicht nur den Thriller zu literarischen Höhen geführt. Seine Romane sind spannende Reflexionen zur Weltpolitik der letzten siebzig Jahre. Das, was heute Polit-Thriller heisst, hat er in den dreissiger Jahren erfunden, indem er die patriotisch gefärbten Spionageromane durch eine Änderung des Blickwinkels in die Realität rückte. Ambler hatte zeitlebens ein einfaches Motiv fürs Schreiben. «Ich will den Leuten erklären, wie es zugeht in der Welt».**



In 18 Thrillern hat Eric Ambler die sozialen Verhältnisse, Konflikte und Konspirationen spannend beschrieben. Sein Meisterwerk «Die Maske des Dimitrios» hat er am Vorabend des Zweiten Weltkrieges veröffentlicht.

In seinen Romanen beschreibt Ambler nicht Gauner, die mit Pistolen herumfuchteln, Menschen auf grausame Weise umbringen und Gesetze brechen. Er richtet seinen Blick auf Menschen, die sich an die Gesetze halten und ihre florierenden Geschäfte abwickeln. Die schmutzige Arbeit verrichten die anderen. Der kompetente Kriminelle arbeitet im Hintergrund. Ambler schreibt: «Vom kompetenten Kriminellen darf angenommen werden, dass er einen hohen Intelligenzquotienten besitzt, emotional stabil und «gut angepasst» ist, keines der Anzeichen einer defekten Persönlichkeit aufweist, von denen behauptet wird, sie seien für den herkömmlichen «kriminellen» Typus charakteristisch... Er wird den Behörden, ausser in seiner Rolle als «ehrbarer Staatsbürger» nicht bekannt sein, denn geschweige ihnen verdächtig erscheinen.» Für Ambler sind die wirklichen Kriminellen nicht diejenigen, die auf Fahndungsfotos auftauchen, sondern diejenigen, die sich nie etwas zu schulden kommen lassen, weil sie geschickt genug sind, durch die Maschen der Gesetze zu schlüpfen und sich zu entziehen.

Opfer staatlicher Macht

Ablers Helden sind nie selbst Organe staatlicher Macht, fast immer deren Opfer, häufig staatenlose Flüchtlinge; sie werden getäuscht, erpresst, genötigt, als Köder benutzt, als Manövriermasse in undurchschaubaren Intrigen missbraucht. Gewalt findet statt, aber unsichtbar, in den Handlungen von Regierungen, Geheimdiensten, Ölgesellschaften. Im Roman *Nachruf auf einen Spion* kommt Vadassy, der Sprachlehrer, den der französische Geheimdienst zur Spionage zwingt, zum Schluss: «Ich war nur eine Schachfigur, eine Fliege, die ins Räderwerk geraten war. Ich stand im Hemd da und betrachtete mich im Spiegel. Armer Irrer mit dünnen Beinen!»



Politische Zeitanalyse

Für Ambler ist das Politische der Stoff, aus dem seine Bücher hervorgehen. Man liest sie zuerst wie irgendein spannendes Buch, bis man entdeckt, dass Ambler eine politische Zeitanalyse vornimmt oder einen Querschnitt durch aktuelle Zeitumstände zieht. Ambler greift in realistischer Form politische Themen unserer Zeit auf. Das Besondere in seinen Romanen liegt vor allem im aktuellen Bezug zu den Problemen der Zeit und in ihrer hohen politischen Verbindlichkeit. Die Wirklichkeit, die Ambler beschreibt, ist unsere politische Wirklichkeit. Der Zweite Weltkrieg bildet den Hintergrund in dem Roman *Die Angst reist mit*; in *Der Fall Deltchev* werden die Schauprozesse in einem osteuropäischen Land beschrieben; in *Das Intercom-Komplott* geraten in Genf die Geheimdienste hintereinander; in *Schmutzige Geschichte* findet im Auftrag eines Wirtschaftsunternehmens ein Kolonialkrieg statt; und in *Bitte keine Rosen mehr* geht es um Wirtschaftskriminalität, um dunkle Finanztransaktionen und um Steuervermeidung – um den «kompetenten Kriminellen», wie Ambler sagt.

Staatspolitische Interessen

Wie aber lassen sich so gewaltige, überpersönliche Vorgänge wie die neuzeitliche Staatenpolitik in Geschichten fassen? Ambler lässt harmlose, fast langweilige Helden, oft Techniker oder Geschäftsleute, die irgendwo ein paar Ersatzteile abliefern müssen, zwischen die Mühlräder staatspolitischer Interessen gelangen. Unvermutet und ganz wider Willen sehen sich seine Hauptfiguren in unentrinnbare Auseinandersetzungen verwickelt, die so gross sind, dass es auf ein paar Menschenleben mehr oder weniger nicht ankommt. Die Spannung und der Schrecken die Ablers Romane in der Regel von der ersten bis zur letzten Seite beherrschen,



Weg zu seiner endgültigen Bestimmung verfolgt oder nachgewiesen werden kann.» Ablers Romane sind scharfsinnige Analysen der Machtverhältnisse. «Das internationale Grosskapital hat schon öfters als einmal Revolutionen angezettelt, um seine eigenen Interessen zu wahren. Früher inszenierte man sie so wie Necker die französische Revolution, im Namen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Jetzt, da es den Sozialismus zu bekämpfen gilt, macht man sie im Namen von Gesetz und Ordnung und gesunden Finanzen.» Leute, die ihr Kapital arbeiten lassen, riskieren nicht Kopf und Krage. Sie bleiben im Dunkeln. «Er ist da, weil sein Herr, das Grosskapital, ihn braucht. Das internationale Grosskapital mag seine Transaktionen auf Papierfetzen machen – die Tinte, die es dazu verwendet, ist Menschenblut!»

Realitätsnahe Beschreibung

Während des zweiten Weltkrieges wurde er von einem Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes vorgeladen, um zu erklären, woher er von dem Grenzübertritt zwischen dem faschistischen Italien und Jugoslawien wisse, den er in seinem Roman «Anlass zur Unruhe» (1938) mit der Kenntnis eines Insiders beschrieben hätte. «Ich enttäuschte ihn ungerne» erzählte Ambler im Gespräch, «aber ich sagte ihm wahrheitsgemäss: durch die Landkarte. Welche Landkarte? fragte er. Die Karten des Kriegsministeriums, sagte ich. Aber die Grenzübergänge, widersprach er, sind darauf nicht eingezeichnet! Da sagte ich ihm, ich hätte mich nur an die Höhenangaben zu halten brauchen. Nur ein Narr würde ständig auf und ab laufen; der beste Weg sei also der, der einigermassen auf der gleichen Höhe zum Ziel führe. Woher ich die Karte hätte, wollte er noch wissen. Gekauft, sagte ich. In einem Geschäft. Und das war das Seltsamste: Der Mann vom Geheimdienst hatte überhaupt keine Ahnung, dass man diese Karten kaufen konnte.»

Verwertung des Kapitals

Ambler schätzte nicht nur Kafka, sondern auch das Kommunistische Manifest, das er so blendend komponiert fand, dass die Figuren seiner frühen Romane es mit bebender Stimme zitierten. Dem Autor der *Maske des Dimitrios* ist es gelungen, ein Röntgenbild der politischen und wirtschaftlichen Gesellschaft zu rekonstruieren, auf dem eines zu sehen ist: die Vermarktung und Verwertung des Kapitals. Über «Gewaschenes Geld» schreibt Ambler: «Gewaschenes Geld ist Geld, das von allen Spuren seiner Herkunft gereinigt worden ist. Mülldeponiegeld verschwindet ganz einfach in einem Abwassersystem, einem mit so vielen Abflüssen, dass – wenn es den Ausguss einmal verlassen hat – kein spezifisches Deponat auf dem



«Ich will den Leuten erklären, wie es zugeht in der Welt»

Eric Ambler hat seit den dreissiger Jahren praktisch alle wichtigen Konfliktzonen der Welt behandelt: das Dritte Reich und das faschistische Italien, die Balkanstaaten, Griechenland und die Türkei, den israelisch-palästinensischen Konflikt, die stalinistische Gleichschaltung Osteuropas, Afrika. Wider Willen werden Ablers Figuren in die internationale Politik hineingezogen – in Erpressung, Spionage, Waffenschmuggel und Staatsstrieche. Ablers Szenarien bevölkern alltägliche Mitbürger, zu neugierige Journalisten, Wissenschaftler, Manager, die durch Zufall in merkwürdige Geschichten verwickelt werden, die sie nicht gesucht haben.

Sehr oft sind es banale Ereignisse, die er scharfsinnig und realitätsnah analysiert. Im Roman «Anlass zur Unruhe» beschreibt er den Grenzübertritt zwischen dem faschistischen Italien und Jugoslawien derart realistisch, dass er vom britischen Geheimdienst vorgeladen wird. Die Geheimdienste sind übereifrige Staatsinstrumente, die den normalen Bürger bespitzeln. Wenn man Ambler liest, findet man sich in realistischen Situationen wieder. Erinnern wir uns: Auch Carlo Dellberg wurde seinerzeit – im Februar 1975 – wegen «Veröffentlichung militärischer Anlagen» in der Zeitschrift «Die Rote Anneliese» als Schuldverdächtiger vorgeladen.

Ambler war ein politisch denkender und handelnder Mensch. Sein Engagement galt der Sache des Sozialismus, er unterstützte die spanische Republik im Bürgerkrieg. In Amerika wurden seine Bücher zensuriert. Alles, was irgendwie «marxistisch» war, wurde gestrichen.

Ambler ist gut als Autor, weil er gut ist als Diagnostiker. Alle Figuren sind Produkte der Politik. Seine Texte sind spannend – nicht nur aus der Wahl aktueller Themen, sondern aus der Art und Weise, wie er das Zeitgeschehen darstellt, aus einer Mischung aus Wirklichkeit und Phantasie. Ambler verschafft seinen Geschichten jenes Mass an Glaubwürdigkeit, das eine Voraussetzung für Spannung ist. Zwei Jahre vor der ersten Kernspaltung hat er im Roman «Der dunkle Grenzbezirk» den Bau der Atombombe durch einen fiktiven Balkanstaat vorausgeahnt. Ambler ist aber nicht nur ein Autor, der politisch denkt, klar analysiert, präzise schreibt, sondern vor allem ist er ein Schriftsteller, der bei alledem noch glänzend unterhält.

Die schwarz-gelbe Spitzkehr im Staatsrat

(eg) – Vor zwei Jahren ernannte der Staatsrat den schwarzen Nationalrat Jean-Jérôme Filliez zum Berufsschuldirektor in Sitten. Sein Amt als Gemeindepräsident in Vétroz wurde vom gleichen Staatsrat auf die auslaufende Verwaltungsperiode begrenzt: Jetzt hat der Staatsrat einen neuen Entscheid gefällt: nach dem Willen des Staatsrates darf Filliez vier weitere Jahre regieren.

Jean-Jérôme Filliez sitzt seit 1988 im Gemeinderat von Vétroz, seit 1992 ist er Präsident dieser Gemeinde im Unterwallis. Im Nationalrat sass der schwarze Filliez weniger lang: nach knapp drei Jahren im Parlament bewarb sich der Professor aus Vétroz für das Amt des Direktors an der Berufsschule in Sitten. Der Staatsrat ernannte Filliez auf den 1. September 1998 zum neuen Direktor. In einer Medienmitteilung hielt der Staatsrat seinerzeit fest, dass Filliez sein gegenwärtiges Amt als Gemeindepräsident zu Ende führen dürfe und seine Gemeindetätigkeit sei im Rahmen des Möglichen einzuschränken. Filliez nahm an und demissionierte dann als Nationalrat.

Burgener und Sierro kaltschnäuzig überstimmt

Jetzt läuft die Zeit des Gemeindepräsidenten aus Vétroz aus. Doch Filliez kann sich ein Leben ohne präsidiale Macht in Vétroz nur schwer vorstellen. Er schrieb dem hohen Staatsrat, ob es denn nicht möglich sei, neben seiner Tätigkeit als Berufsschuldirektor doch noch Gemeindepräsident der CVP in Vétroz zu bleiben. Schnyder, Fournier und Rey-Bellet erinnerten sich nur zu gut an den damals gefällten Staatsratsentscheid. Sie wandten sich an mehreren Sitzungen, um den Präsidentenstuhl in Vétroz zu retten, rangen nach Argumenten und setzten zu einer phänomenalen Spitzkehr an:

Es sei das Grundrecht jeder Bürgerin und jedes Bürgers ein Mandat auszuüben und darum könne Filliez durchaus weitere vier Jahre Gemeindepräsident bleiben und daneben die Berufsschule in Sitten leiten. Burgener und Sierro wurden von der bürgerlichen Mehrheit kaltschnäuzig überstimmt.

Lehrpersonen politisch ausgeschaltet

Franz Michlig ist ein gelber und hoher Staatsbeamter in Sitten. Im Auftrag von Staatsrat Fournier bastelt er seit Monaten an einem neuen Reglement für Beamte und Lehrpersonen, die ein politisches Mandat ausüben wollen. Jetzt liegen die Vorschläge von



Jean-Jérôme Filliez

Nach Rücksprache mit dem Schuldirektor und dem Dienstchef für Unterricht wird das Departement entscheiden, ob die betreffende Lehrperson überhaupt ein politisches Amt ausüben darf und wenn ja, mit welchem Lohnausfall zu rechnen ist. Mit diesem Prozedere sollen die Lehrpersonen politisch ausgeschaltet werden.

Ein Lehrer hat viel mehr zu tun als ein Direktor

Alt-Nationalrat Filliez ist Direktor an einer Berufsschule mit 1700 Schülern und Schülerinnen. Eine Lehrperson in der Volksschule unterrichtet an einer Klasse mit rund 20 Schülerinnen und Schülern. Der Staatsrat hat entschieden, dass Filliez Berufsschuldirektor und Gemeindepräsident sein kann. Damit scheint jetzt wenigstens eine Frage geklärt zu sein: Die Unterrichtstätigkeit eines Lehrers in der Volksschule ist um ein Vielfaches aufwändiger als die Ausübung des Amtes als Berufsschuldirektor.

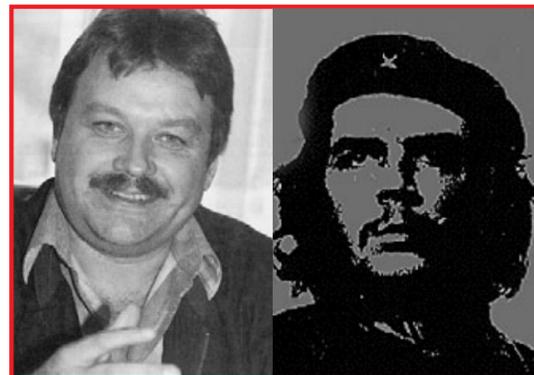
Was haben CVP Nationalrat Maurice Chevrier und Guerillakämpfer Che Guevara gemeinsam?

(eg) – Maurice Chevrier ist CVP Nationalrat. Chevrier selbst bezeichnet sich als waschechter Walliser der noch das harte Berglerleben rund um Evolène erlebt hat. Chevrier wurde vor einem Jahr mit dem höchsten Resultat aller Walliser Kandidaten in den Nationalrat gewählt. Erkundigt man sich in Bern, wie Chevrier im Nationalrat politisiert, erhält man als Gegenfrage, um wen es sich bei diesem Monsieur aus dem Unterwallis handle. Bestellt man bei den Parlamentsdiensten die Vorstösse von Chevrier, wartet man vergebens: Chevrier intervenierte während des ganzen Jahres noch nie.

Che Guevara wird in Kuba gefeiert wie ein Heiliger. Zusammen mit Fidel Castro stürzte er Ende der fünfziger Jahre die Diktatur in Kuba ein und führte den Sozialismus ein. Als Präsident der kubanischen Nationalbank beschleunigte er die Landreform. Seine Grundidee war die Schaffung eines «Neuen Menschen» mit einer

fundamentalen Bewusstseinsveränderung als Voraussetzung für eine kommunistische Gesellschaft. Nach erfolgreicher Revolution in Kuba zog Che Guevara weiter nach Bolivien um hier seine revolutionären Ideen umzusetzen. In den Anden wurde er von einem Leutnant des amerikanischen Geheimdienstes ermordet.

Nationalrat Chevrier gab dem Nouvelliste ein Interview. In diesem Interview kam es zu einem sensationellen Coming-Out. Chevrier bekannte sich als leidenschaftlicher Anhänger und Verehrer von Che Guevara. Er habe alle Schriften und Bücher von Che Guevara gelesen und sei ein grosser Bewunderer von ihm. Was wohl



Nationalrat Maurice Chevrier outete sich im Nouvelliste als leidenschaftlicher Anhänger und Verehrer von Che Guevara

Che Guevara zu seinem Fan sagen würde, wenn er denn noch leben würde?

Vor Jahren stellte die «Rote Anneliese» die Frage: wer verliert zuerst die Macht? Die

CVP im Wallis oder Fidel Castro in Kuba? Jetzt ist die «Rote Anneliese» offenbar von Chevrier und der Zeit eingeholt worden.

Wohin frau/man geht

TÜNEL KULTUR
Konzert & Cabaret

Tünelkultur
Rest. Simplon Naters

Samstag, 2. Dezember 21.00 Uhr
Quatre in Toulouse
Ska vom Feinsten

Freitag, 15. Dezember, 21.00 Uhr
Pfammatter Fischer Staudemann
Ein Trio der wilden Art

Umwelt-Agenda

Samstag, 25. November, 13.15 Uhr
Hütehundedemonstration
Besichtigung des Bio-Betriebes von Walter Hildbrand

Nähere Informationen und Anmeldung:
Oberwalliser
Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62

Gemeinderatswahlen
3. Dezember 2000

Die SP-Sektionen treffen sich am Wahlsonntag wie folgt:

SP-Brig ab 16.00 Uhr, Rest. «De la Place», Brig
SP-Leuk ab 16.00 Uhr, Rest. «Krone», Leuk
SP-Naters ab 16.00 Uhr, Rest. «Simplon», Naters
SP-Visp ab 19.00 Uhr, Rest. «La Poste», Visp

KELLER THEATER BRIG

Samstag, 25. November, 20.00 Uhr
Stiller Has
Konzert
im Pfarreizentrum Brig

Mittwoch, 29. November, 20.00 Uhr
Der Gänseprinz
Kindertheater

Freitag, 1. Dezember, 20.00 Uhr
Ferruccio Cainero
Kabarett

Oberwalliser Bio-Vereinigung

Mittwoch, 22. November, 20.00 Uhr
Restaurant Simplon in Naters
Mitgliederversammlung der Oberwalliser Bio-Vereinigung

Max Stalder, Präsident der Oberwalliser Landwirtschaftskammer informiert über **Die Mitgliedschaft in der Oberwalliser Landwirtschaftskammer**

Anschliessend an die Versammlung wird ein kleiner Imbiss serviert.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Traktanden der Mitgliederversammlung

1. Begrüssung
2. Wahl der StimmzählerInnen
3. Genehmigung des Protokolls
4. Kassabericht
5. Bericht der Revisoren und Antrag auf Decharge des Vorstandes
6. Budget
7. Wahlen
8. Rückblick auf das vergangene Jahr
9. Ausblick
10. Mitgliedschaft in der Oberwalliser Landwirtschaftskammer
11. Varia

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik **37**

Flüchtlinge, Migration und Integration

Europäische Flüchtlingspolitik und der Kosovo-Krieg; Demontage des Asylrechts; Exportwirtschaft und Vertreibung in Kurdistan; Arbeitsmigration Mexiko – USA; Personenreizigkeit und Sozialdumping Schweiz – EU; Integration, Staatsbürgerrecht; Frauenhandel und Illegalisierung von Migrantinnen; Ausländerpolitik und Apartheid in der Schule

H. Dietrich, C. Roth, M. Holzberger, Ch. Pamreiter, M.-C. Caloz-Tschopp, J. Dietziker, B. Lüthje, A. Sancar, Ch. Scherrer, H. Baumann, M. Le Breton, S. Prodolliet, I. Wallerstein, H. Heindl, G. D'Amato, U. Loppacher

Diskussion

P. Hug: Friedens- und Sicherheitspolitik statt NATO-Krieg
S. Kappeler: Militärmachismo und Frauenbewegung
P. Lock: Nachkrieg in Südosteuropa

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

19. Jg./Heft 37 - Juli 1999 Fr. 21.-

Dicke Eier

Unsinnige Furka-Autobahn
Im Herbst eröffnete Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet die Furka-Autostrasse. Der Bau hatte dreissig Jahre gedauert. Über die Kosten wurde artig geschwiegen. Sie dürften im Bereich dreistelliger Millionenbeträge liegen. Notabene für eine Strasse, welche nur vier Monate geöffnet ist und auf der Urner Seite in einen besseren Flurweg ausmündet. Der Felssturz «Zen Hohen Flüen» stellt nun die hirnverbrannte Prioritätenliste der kantonalen Strassenbauer schonungslos an den Pranger.

Thomas der Gläubige
Der gelbe Thomas Gspöner startet in den kommenden Grossratswahlen nicht mehr. Er stehe der Partei jedoch für weitere Ämter zur Verfügung. Doch der Fahrstuhl nach oben ist besetzt: Willy Schnyder gefällt es noch im Staastrat und beim nächsten Mal sind die Schwarzen dran. Und falls Odilo Schmid den Nationalrat nach acht Jahren verlässt wird der immer freundlich lächelnde Willy Schnyder zur Stelle sein.

Norbert der Böse
Wer Norbert Brenner von der CSPO kennt, kann es bestätigen: er ist die Freundlichkeit und Höflichkeit in Person. So waren im Grossen Rat Freund und Feind

mehr als paff, als Brenner zu einem Rundumschlag gegen Staatsrat Burgener antrat. Die Parlamentarier und der Staatsrat wehrte, ob Brenner beim Mittagessen etwas zu viel «Dame de Sion» erwischt hatte. Tatsache hingegen war, dass Brenner sich für den unbegründeten Attackenritt einspannen liess. Im Munde des zahmen und sanften Norbert Brenner verkam der vermeintliche Husarenritt zu einer mehr als peinlichen Vortragsübung.

Der unterbeschäftigte Schnyder Willy
Die Gelben waren und sind Weltmeister im Versprechen von Pöstchen. Deutlich wird das jeweils auch zu Wahlzeiten. An manchen Orten hatten die Gelben die grösste Mühe, Kandidaten und Kandidatinnen für die Gemeinderatswahlen zu finden. Da trat ihr Staatsrat Schnyder Willy selbst auf den Plan und wurde in verschiedenen Beizen im Oberwallis gesichtet. Und tatsächlich füllten sich allmählich die leeren Felder auf den gelben Listen. Dem Vernehmen nach wurden lukrative Pöstchen und Ämterchen in Aussicht gestellt. Jetzt stellen sich zwei Fragen: geht den gelben Listenfüllern am Ende die Rechnung auf und hat Staatsrat Schnyder Willy tatsächlich nichts Gescheiteres zu tun als im Oberwallis auf Kandidatensuche für die Gemeinderatswahlen zu gehen.

Dienstchef Tudisco auf Frontkurs mit dem Verkaufspersonal

Verkaufssorgien im Briger Weihnachtsmarkt

(eg) – So bunt wie in diesem Jahr haben es die Briger Gewerbetreibenden noch nie getrieben. Während sechs (!) Tagen hintereinander sollen die Geschäfte bis 20.00 Uhr offen bleiben. Die Leidtragenden sind einmal mehr die Verkäuferinnen.

Marc-André Tudisco ist Chef der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz. Als solcher hätte er eigentlich die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu verteidigen. Stattdessen geht Tudisco auf Frontkurs mit dem Verkaufspersonal. Vor einem Jahr wurde zwischen den Gewerbeverbänden von Brig-Glis, Naters und Visp und den Gewerkschaften eine vorbildliche Vereinbarung getroffen. Diese Vereinbarung hat jetzt der oberste Beamte für den Arbeitnehmerschutz ausgehebelt.

Zwischen den Gewerbeverbänden und den Gewerkschaften wurde seinerzeit ausgehandelt, dass vor Weihnachten höchstens 3 Abendverkäufe bis 21.00 Uhr durchgeführt werden dürfen. Zudem wurden klare Auflagen zum Schutz des Verkaufspersonal ausgehandelt (siehe Kasten). Die

Gewerkschaften stimmten unter diesen klaren Bedingungen dem ausnahmsweisen Sonntagsverkauf zu.

Mit einem Schreiben vom 26. Oktober 2000 hat nun Tudisco den Gewerbeverbänden mitgeteilt, dass für den Abendverkauf keine Bewilligungen mehr erforderlich sind. Jetzt setzt der Briger Gewerbeverein zu einer wahren Abendverkauf-Orgie an.

Nach dem Sonntagsverkauf am 17. Dezember sollen die Geschäfte vom Montag, 18. Dezember bis und mit Samstag (!), 23. Dezember, 6 Tage hintereinander jeweils bis 20.00 Uhr geöffnet werden. Und das alles ohne irgendwelche Zuschläge und andere Vergütungen, wie sie in der bisherigen Vereinbarung enthalten waren.

Die Gewerkschaft unia-GBI, die seinerzeit massgeb-

lich an der Vereinbarung beteiligt war, zeigt sich empört. Jetzt will man alle zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Erteilung der Sonntagsbewilligung ausschöpfen. Vorab verlangen die Gewerkschaften, dass sämtliche im Gesetz bezeichneten Unterlagen vor Erteilung einer Gesuchsbewilligung vorhanden sein müssen und dass das dringende Bedürfnis nachgewiesen ist. Zudem muss das Verfahren zeitlich so ausgelegt werden, dass die allfälligen Einsprachen ordnungsgemäss noch vor dem 17. Dezember behandelt und entschieden werden können.

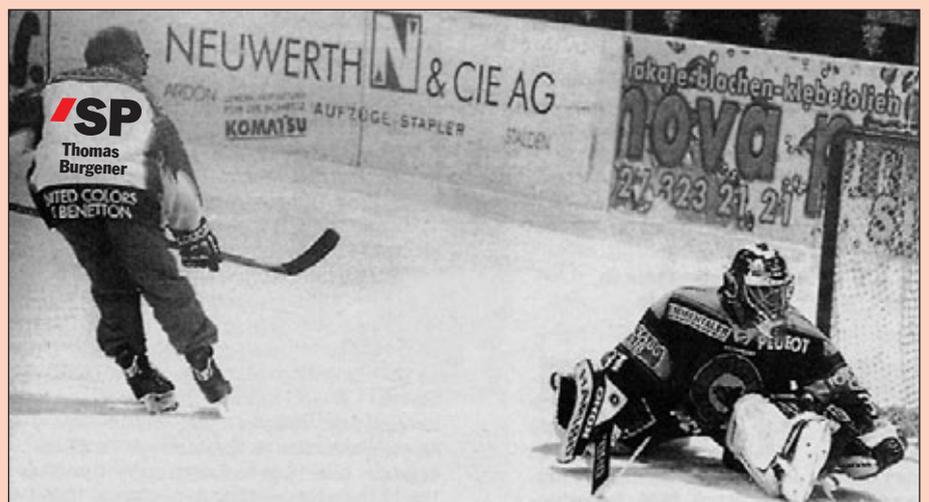
Ironie des Schicksals: Weil offenbar die Kommunikation des Gewerbevereins Brig nicht sonderlich klappt, erkundigen sich immer mehr Geschäftsinhaber direkt bei den Gewerkschaften, wann die Geschäfte vor Weihnachten offen sind.



Diese Vereinbarung hat Tudisco ausgehebelt:

- Als Abendverkauf gilt die Zeit ab dem üblichen Ladenschluss bis längstens 21.00 Uhr.
- Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten für die geleisteten Mehrstunden ab 18.30 Uhr wahlweise einen Lohnzuschlag oder einen Zeitzuschlag von 50%. Der Geldzuschlag wird mit der nächsten Lohnzahlung bar ausbezahlt, beim Zeitzuschlag sind die gutgeschriebenen Stunden durch Freizeit innert 6 Monaten auszugleichen.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die am Tag des Abendverkaufs zwischen 13.30 Uhr und 21.00 Uhr mindestens 7 Stunden arbeiten, ist eine Essenspause von einer Stunde zu gewähren.
- Die Angestellten haben Anspruch auf eine vom Arbeitgeber bezahlte Mahlzeit innerhalb oder ausserhalb des Betriebes.

Der heitere Schluss ●



Gut unterwegs – auch auf dem Eis: SP Staatsrat Thomas Burgener!